

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.  
Kleinsten Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die Leihbibliothek...  
Hauptmannschaft 1 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelzahl und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 70

Donnerstag den 23. März 1922

88. Jahrgang

## Amliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Die Deputate der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer sind beim Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 1. April 1922 ab

mit folgenden Werten zu berücksichtigen:

1 Zentner Kartoffeln	80 M.
1 Zentner Getreide	300 "
1 Liter Milch	4 "
1 Ei	2 "
1 Pfund Butter	40 "
1 Zentner Stroh	30 "

Ein gemästetes Schwein ist mit 1800 M. für den Zentner Lebendgewicht zu bewerten.

Dresden, am 15. März 1922.

Das Landesfinanzamt,  
Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Nachdem der XVIII. Nachtrag zur Gemeindesteuer-Ordnung für die Stadt Dippoldiswalde, die Erhöhung der Hundsteuer betr., oberbehördlich genehmigt worden ist, liegt derselbe von heute ab 14 Tage lang zur Einsicht im Rathhaus, Zimmer Nr. 12, aus.

Die Hundsteuer beträgt ab 1. April d. J. 100 M. für den ersten, 150 M. für den zweiten, 200 M. für jeden weiteren Hund. Wegen der Erhebung der Hundsteuer ergeht besondere Bekanntmachung.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 22. März 1922.

### Rugholzversteigerung: Rehefelder Staatsforstrevier

Fremdenhof „Kurhaus Wotin“  
am Bahnhof Hermsdorf Rehefeld

Freitag, den 31. März 1922, vormittags 10 Uhr.

14 f. Stämme, 2631 f. Röhre 7/11 cm, 107 buch. und 1853 f. Röhre 12-44 cm, 3 r. f. Röhre, 450 f. Derbstangen, 240 f. Reisstangen. Aufbereitet in den Abt.: 7, 10, 15, 18, 21, 59, 62, 64, 67, 71, 75, 76. Die Hölzer sind an die Wege gerückt.

Forstrevierverwaltung  
Rehefeld.

Forstrentamt  
Frauenstein.

### Oertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Am Dienstag sind durch Beauftragte der Glockengießerei Pöhl & Co. an unserem Geläute die mehrfach erwähnten Fehler abgestellt worden. Vor allem wurde die große Glocke wogerecht gehangen und mit einem neuen, leichteren Klöppel versehen. Auch an der mittleren Glocke wurden Reparaturen am Klöppel vorgenommen. Das Geläute wird nun, da es manchem scheinen will, als ob das Klirren der mittleren Glocke noch nicht beseitigt wäre, wahrscheinlich einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden.

Ein Korrektur-Sendung der „Chronik“ ist vom Verfasser an uns schon seit längerer Zeit unterwegs, bisher aber nicht eingegangen. Dadurch ist eine Verzögerung im Abdruck eingetreten. Sobald die Sendung eintrifft, werden wir weitere Fortsetzungen folgen lassen.

Die Gewinnliste der Geldlotterie des Sächsischen Heilstätten-Vereins für Lungenkranke, am 9.-13. März in Leipzig gezogen, liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus.

Die Meisterprüfung nach § 133 der Gewerbeordnung haben in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, zum Bezirk der Gewerkekammer Dresden gehörig, in letzter Zeit bestanden: Vor der Prüfungskommission für Bäcker: Oskar Schönberger in Lauenstein; für Fleischer: Karl Kirstenpferd in Kreischa, Max Müller in Seifersdorf, Otto Schmiedgen in Spechtitz, Arthur Schüge in Ruppendorf; für Maler und Lackierer: Karl Tröger in Weising; für Schmiede: Oskar Kreber in Hennesdorf und Edwin Voigt in Kleinobritzsch.

Sadisdorf. Bei der am 19. März stattgefundenen Wahl zur Kirchengemeindervertretung wurden gewählt: Aus Sadisdorf: die Herren Outsbesitzer Moritz Ohlter, Emil Wirthgen (wiedergewählt), Outsbesitzer Hermann Berger, Wöllchermeister Wahl; aus Raundorf: Wirtschaftsbesitzer Otto Schindler (wiedergewählt), Rittergutsinspektor R. Geißler, Rittergutsinspektor Hermann Pehsike; aus Obergarsdorf: Gemeindevorstand Diehner, Lehrer Nädke (wiedergewählt), Outsbesitzer Robert Grumbt und Werkmeister Alfred Kjalmer; aus Niederpöbel mit Pöbeltal: Zimmermann Her-

mann Hesse (wiedergewählt), Mühlenbesitzer Moritz Krumpf und Privatrat Ernst Frische. In die Kirchengemeindervertretung berufen wurden: die Herren Kantor Georg Sabisdorf, Mühlenbesitzer Hermann Krumpf-Raundorf, Gemeindevorstand Ernst Flemming-Obergarsdorf, Hausbesitzer Paul Sommershub-Niederpöbel. Die Einweisung der neuen Kirchengemeindervertreter soll am 9. April im Gottesdienst erfolgen.

Schmiedeberg. Die nächste Mütterberatungsfunde findet Mittwoch den 29. März 1922 nachmittags 2-3 Uhr in der Schule statt.

Schmiedeberg. In seinem Montags-Vortrag, betitelt „Die Krisis der Kirche“ bedauerte P. Fischer zunächst, daß die Frage der Kirche zu einer Frage der leidigen Politik geworden, die sehr oft mit geradezu verbohrteter Einseitigkeit und Beschränktheit von den einzelnen behandelt wird. Das einzige, worüber sich heutzutage alle klar seien, ist die gegenwärtige wirtschaftliche, wie überhaupt äußerliche, z. B. durch Kirchenaustritte hervorgerufene kritische Lage der Kirche, die der Redner im wesentlichen aus ihrer früheren politischen Stellung hervorgegangen sah. Er konnte nicht umhin, der Kirche, die eigentlich ihre Mitglieder nur um religiöse Fragen und Aufgaben und — um Gott hätte sammeln sollen, dies zum Vorwurf zu machen. Freilich, dies die Menschen um Gott sammeln, das sollte man nicht so oberflächlich sprechen. Denn Gott, dies Wesen jenseits aller Welt und aller denkbaren menschlichen Zusammenhänge, ist nicht eine so einfache Größe, mit der man am Tage so und so oft hantieren kann. Wenn sich doch die Menschen bewußt wären, wie oft sie sündigen, wenn sie so leichtfertig, nicht bloß beim Fluche, sondern auch bei den ernstesten Anlässen das Wort „Gott“ in den Mund nehmen! Und wenn man doch anerkennen wollte, wie schwer es darum die Kirche hat, die doch von diesem Gott reden muß! Und wenn endlich doch auch die Kirche selbst sich dieser Not, daß sie Gott gar nicht haben und besitzen, sondern eben nur suchen und ruhelos nach ihm wandern kann, immer bewußt gewesen wäre oder in Zukunft würde, sie, die doch nichts anderes sein kann, als die auf die messerscharfe Grenze zwischen Gott und Welt gestellte Hüterin des unermesslichen Abstandes zwischen beiden: hier wir und die Welt und dort Gott und das Jenseitige. — Die Einwände gegen die Kirche mögen nicht Sekularern und anderen angeblich erlösten Menschen Luft machen, noch weiterhin gegen die Kirche zu opponieren. Denn sie beweisen dadurch nur, daß sie noch nicht einmal suchen gegangen sind. Denn in der Kirche kommt die Krankheit des Menschen an Gott zum Ausbruch, und überall, wo diese Krankheit zum Ausbruch kommt, da ist Kirche. Wo Gott verflucht wird, ohne daß es zu dieser Krankheit kommt, da ist es nicht Gott, der verflucht wird.

Hermsdorf (Erzg.). Die Kirchenvorstandswahl am vergangenen Sonntag ergab Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Als berufenes Mitglied tritt Kantor Eugen Dost neu in den Kirchenvorstand ein.

Zinnwald. Bekanntlich hatte vorigen Sommer das Stahlwerk Bedder die zunächst der Schule gelegene frühere Unteroffiziers-Baracke an den Dresdner Schiklub verkauft. Dieselbe ist von dem Käufer völlig neu eingerichtet und mit elektrischen Lichtleitungen versehen worden. Am Freitag vormittag ist nun durch drei Arbeiter vom Stahlwerk ein Einbruch in die Baracke durch Eindringen von Fensterhebeln verübt worden. Die Eindreher haben eine Kiste mit 40 Fensterglascheiben erbrochen, die Kiste im Ofen verfeuert und die Scheiben mitgenommen, um sie zu verkaufen. Auch eine Kiste mit großen Schrauben brachten sie beiseite. Die elektrische Leitung wurde von ihnen gänzlich zerstört und mit allem Zubehör gestohlen, wie auch sonst allerlei Verwüstungen in der Baracke angerichtet. Der entstandene Schaden beläuft sich auf mindestens 5000 M. Zwei der Spitzbuben (Paul Mende aus Zinnwald und Alois Glöckner aus Moldau) konnten durch das energische Eingreifen des Werkwärters und früheren Polizeibeamten Kolberg und der beim Werke stationierten Sicherheitspolizei bald festgenommen werden und der dritte Komplize (Josef Kühnel aus Vorderzinnwald) wurde Montag früh verhaftet und durch den Wächter Kolberg der Landespolizei übergeben. Von dem gestohlenen Gut konnten 18 Fensterglascheiben und die Kiste mit Schrauben wiedererlangt werden. Alles übrige war schon veräußert worden.

Löwenhain. Leider mußte hier in einem Gehöfte die Maul- und Klauenseuche festgestellt werden, die durch eine von einem Händler gekaufte Kuh eingeschleppt worden ist. Hoffentlich bleibt es bei dem einen Gehöfte.

Glaschütte. Durch die Einführung der Schreibmaschinenindustrie ist die Wohnungsfrage wieder einmal brennend ge-

worden. Soel auch bisher durch die Stadt Glaschütte und die Städtische Baubank zur Behebung der Wohnungsnot getan worden ist (5 Doppelhäuser für 20 Familien, ein 14-Familienhaus, ein 6-Familienhaus sind bereits errichtet; dazu hat der Deutsche Präzisionsfabrik e. G. m. b. H. drei Arbeiterwohnungen für 18 Familien und 6 Junggesellen gebaut), so ist doch der Bedarf bei weitem noch nicht gedeckt. In der Erkenntnis, daß die Entwicklung der Glaschütter Industrie an die Beschaffung neuer Wohngelegenheiten gebunden ist, hat die Städtische Industriezentrale G. m. b. H. das im städtischen Besitz befindliche Hotel zur Post erworben, um es zu einem Ledigenheim dem ersten in Glaschütte, umzubauen. Das Heim wird nach vollendetem Umbau 42 Ledigen in Einzelzimmern Unterkunft gewähren und Speisesaal, Küche und Kantine enthalten. Die Zimmer werden mit Bett, Schrank, Tisch, Stühlen usw. ausgestattet und erhalten elektrisches Licht und Zentralheizung. Neu ist auch die Organisation der Verwaltung, da das Heim in Selbstverwaltung durch einen Ledigenheimausschuß kommt, dem u. a. Mitbewohner des Heims angehören. Die Industriezentrale arbeitet, wie dieses Beispiel zeigt, nach wie vor mit gutem Erfolg an ihrem Bestreben, die einheimische Industrie zu fördern, denn hier wird wieder mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine schwierige Aufgabe gelöst.

Dresden. Ein von der Leipziger Messe zurückkehrender vermöglicher tschechischer Fabrikant wurde in einem hiesigen Geschäft, wo er mit seiner Frau für mehrere 1000 Mark Ware kaufte, in dem Augenblick abgefaßt, als er eine seidene Bluse und seidene Strümpfe im Werte von 1300 M. stahl.

Radebeul. In diesem Jahre ist durch Neu- und Einbauten die Beschaffung von 22 neuen Wohnungen geplant für etwa 2 1/2 Millionen Mark.

Auf jeden Schüler der Verbands-Gewerbeschule legt die Gemeinde 800 M. zu. — Zur staatlichen Grundsteuer sollen 25% Zuschlag erhoben werden.

Großsuga. Das Ministerium des Innern hat das Ortsgesetz über die Vereinigung unseres Ortes mit Niederselblich genehmigt. Die Vereinigung tritt am 1. April d. J. in Kraft.

Heidenau setzte die Hundsteuer neu fest: Wach- und Jagdhunde 80 M., Lughunde 200 M. für den ersten, 300 M. für den zweiten. Zur Gewerbesteuer will man 25%, zur Grundsteuer bis zu 25% erheben (einstimmiger Beschluß).

Pirna. Der Bezirksrat beschloß für die selbständigen Ortsbezirke je 25% Zuschlag zur Grundsteuer und zur Gewerbesteuer.

Johannstein. Am Sonntag vormittag sprang ein Gefangener, der noch ein Jahr zu verbüßen hat, aus einem Fenster der Nordseite der Strafanstalt ab. Der Verwundene erlitt dabei leichte Verletzungen. Er wurde mit der Trage in die Anstalt zurückgebracht, wo er bald wieder auf die Beine kam.

Sebnitz. Ein ungeratener Sohn einer hiesigen Familie, im Alter von 15 Jahren, hatte sich von seinen Eltern fort und in ein anderes Logis begeben. Da er seiner Arbeit nicht nachgegangen war, ist ihm das Geld ausgegangen, und da er nicht mehr zahlen konnte, wurde er von seinem Logisgeber an die Luft gesetzt. Er hatte sich nun am Berge des Haselsteinweges eine Höhle gegraben, in der er des Nachts überkumpelte, bis ihn die Polizei liebevoll an sich nahm. Der junge Mann hatte erst vor 14 Tagen durch Aufbrechen einer Bodenplatte ein Paar Stiefel gestohlen.

Reichenberg bei Dresden erhebt für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. noch einen Gemeinde-Grundsteuertermin mit 1 M. pro Einheit.

Vordorf beschloß 25% Zuschlag zur Landes-Grundsteuer. Wildsdruff. Die Stadtverordneten beschloßen, in der Mädchenfortbildungsschule im dritten Jahre 8 Wochenstunden erteilen zu lassen.

Rögnitzbrück. Mit dem 16. 3. trafen neue Verpflegungsstellen im Krankenhaus in Kraft und zwar: hiesige Krankenkassenmitglieder 30 M., auswärtige 36 M., hiesige Privatpersonen 38 M., auswärtige 45 M.

Leipzig. Der Rat hatte den Beschluß gefaßt, die Osterferien zu verkürzen, da durch die kürzlichen „Kälteferien“ der Unterricht nachgeholt werden mußte. Die Stadtverordneten nahmen in der Sitzung am Mittwoch einen demokratischen Antrag an, die Verkürzung aufzuheben und für die Osterferien entweder die Tage vom 1. bis 18. oder 8. bis 23. April festzusetzen. Mit 34 gegen 17 Stimmen wurde der Antrag angenommen.

Nach dem Haushaltsplan für 1921/22 erhöht sich der städtische Fehlbetrag von 90 903 748 M. um 11 951 959 M. auf 102 855 707 M. Geht der vom Reiche wegen des Wegfalls der Zufuhrsteuer vom Mindesteinkommen erhoffte Zu-

Schuh nicht ein, so wächst der Fehlbetrag um weitere 25 Mill. Mark. Unberücksichtigt ist bei der Aufstellung auch der vorgedragene und der voraussichtliche neue Fehlbetrag der städtischen Straßenbahnen von insgesamt 17 635 783 M.

**Wöbeln.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, eine neue 6-Millionen-Anleihe aufzunehmen. Unter anderem sollen 2 Millionen für Wohnungszwecke, 650 000 Mark für Notstandsmaßnahmen (wovon 300 000 M. für die Muldenregulierung entfallen), 58 000 M. für den Erwerb von Grundstücken bereitgestellt werden. Eine Sonderanleihe ist für den Brückenbau und das Stadtkrankenhaus geplant.

**Kengensfeld.** Kürzlich ist der Milchhändlersohn Männel aus Stangengrün, der täglich Milch nach Rodewisch fährt, auf der Straße von Wildenau nach Stangengrün von einem jungen Burken angefallen und seiner Geldtasche mit etwa 600 M. Inhalt beraubt worden. Der Verdacht fällt jetzt auf einen 19-jährigen Handarbeiter aus Röhrenbach, der sich wegen anderen Diebereien bereits in Haft befindet.

**Falkenstein.** Eine empfindliche Geldstrafe empfing jetzt der Gastwirt Paul Sch. von Elfeld vom hiesigen Schöffengericht wegen Glücksspiels. Er wurde zu 4000 M. Geldstrafe oder zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Ferner wurde die Gutsbesitzersehefrau Anna Milda L. in Poppengrün wegen Verschärfung von Milch durch Wasserzugesch und Entnahme vor dem Verbrauch zu 600 M. Geldstrafe oder zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

## Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 20. März.

Präsident Ebel macht Mitteilung von den Beschlüssen des Ausschusses, wonach die Sitzungen der Reichstag täglich ein bis zwei Stunden länger dauern sollen als gewöhnlich, damit die Arbeiten gefördert werden. (Unruhe.)

### Zweite Lesung der Steuervorlagen.

In der Einzelberatung der Steuervorlagen steht an erster Stelle das Vermögenssteuergesetz. Nach Paragr. 1 wird von 1. Januar 1923 ab eine jährliche Vermögenssteuer erhoben für die Dauer von 15 Jahren erhöht sich die Vermögenssteuer um gewisse Zuschläge. Der Zuschlag beträgt jährlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 250 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 100 Prozent der Vermögenssteuer, für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 Mark 150 Prozent und für die weiteren Beträge 200 Prozent der Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer selbst beträgt jährlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 250 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 1 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 Mark nachstehende 1/2 vom Tausend, 3 vom Tausend, 3 vom Tausend; für die nächsten 1 Million Mark 4, für die nächsten 2 Millionen 6, für die nächsten 3 Millionen 7, für die nächsten 5 Millionen 8 für die nächsten 10 Millionen 9 und für die weiteren Beträge 10 vom Tausend. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt die Vermögenssteuer jährlich 1/2 vom Tausend des steuerpflichtigen Vermögens.

Abg. Dr. Hefflerich (Dnl.) bezeichnet die Vermögenssteuer als das Kernstück der ganzen Besteuerung. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, als ob seine Forderung nur negativ gewirkt habe. Nebener leuchtet es namens seiner Partei ab, durch einen solchen Eingriff in den Bestand des Vermögens den Etat balancieren zu wollen. Es handelt sich gar nicht einmal um das, was wir früher unter „inneren Etat“ verstanden haben. Es geht um die Zahlungen an die deutschen Reparationsgläubiger und für die ausländischen Kommissionen. Wenn Sie (zum Abg. Dr. Becker) das Finanzministerium übernehmen, dann würden wir an eine Entlastung der Durchführung Ihrer Richtlinien glauben. Aber auch Ihnen würden wir die Zwangsanleihe nicht bewilligen. (Wah. Ruf.) Die Steuern sind heute so hoch, daß die Decker plagen, da ist es Zeit, daß die Regierung sich endlich in ihrer Verwaltung nach den Steuermöglichkeiten richtet. Die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrages und der Ausbau der Staffelung der Steuerfänge sind im Falle einer erheblichen Veränderung der inländischen Kaufkraft des Geldes dieser Veränderung anzupassen und zwar im Wege eines im letzten Herbstes vor dem Veranlagungszeitpunkt zu erlassenden Reichsgesetzes. Dabei müsse angelehnt an die Schwere der Vermögenssteuer Rücksicht auf solche Vermögenswerte genommen werden, die durch ihre Natur der Wertverwertung ausgeht waren. Nebener rügt sodann das Verhalten des Reichstanzlers anlässlich der Debatte über die Pariser Verhandlungen, zu denen Deutschland nicht eingeladen war. Da hätte der Reichstanzler auf die Verabschiedung des deutschen Volkes öffentlich hinweisen müssen. Er habe sich aber kaum zehn Minuten im Hause aufgehalten.

Abg. Goldmann (U. Soz.) hält den Steuerfuß der Vermögenssteuer für untragbar gegenüber den der Arbeiterschaft auferlegten Steuern und fordert die Wiederherstellung der Steuerungsverhältnisse in ihrer ursprünglichen Form.

Abg. Höllein (Komm.) verlangt die restlose Erlassung der Sachverhalte.

Abg. Aschmann (Soz.): Wir haben auch die Forderung auf Beteiligung des Reiches an den Sachwerten beim Kompromiß nicht abgegeben. Die Vermögenssteuer ergibt in 15 Jahren weit mehr als am Notopfer eingehen würde. Mit den Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei haben wir nichts zu tun. Die Steuern sind schwer, aber nicht unerträglich. Das zeigt der Kurs auf dem Lande. Die Steuerpolitik des Kompromisses muß bis zum Ende geführt werden.

Paragr. 1 wird darauf unter Ausschlußfassung unverändert angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1923 in Kraft.

Paragr. 2 steht fest, wer der Steuerpflicht unterliegt nämlich Deutsche und Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich dauernd oder vorübergehend Wohnsitz oder ihren Erwerb haben, ferner juristische Personen, Bergwerke usw.

Abg. Dr. Hefflerich (Dnl.) beantragt, das ausländische Grund- und Betriebsvermögen Deutscher steuerfrei zu lassen.

Abg. Dr. Becker (D. Vp.) bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) tritt dafür ein, daß das Haus an der Vorlage festhalte.

Abg. Dr. Hertz (U. Soz.) sieht trotz des Kompromisses in der Verbindung der Vorlage eine Milderung des Gesetzes für den Besitz.

Der Antrag Hefflerich wird gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei abgelehnt.

Die Paragraphen 2-5 werden nach kurzer Debatte unverändert angenommen.

Abg. Daus (D. Vp.) beantragt einen neuen Paragr. 5, zugunsten der Auslandsdeutschen. Der Antrag wird schließlich abgelehnt.

Auch die folgenden Paragraphen werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschlußfassung nach kurzen Debatten angenommen.

— Berlin, den 21. März.

Au seine Anfrage des Abg. Herglebel (Soz.), die die Weiterentwicklung von Briefmarken mit dem Bildnis des früheren Kaisers bemängelt hatte, wird mitgeteilt, daß Ende 1921 Briefmarken dieser Art im Nennwerte von 1 Mark noch in einer Anzahl von 1 1/2 Millionen Stück vorhanden waren. Wegen der hohen Herstellungskosten sollten sie im inneren Betrieb aufgebraucht werden und sind daher zu vollständig verwendet.

Das Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisierungsverordnungen wird einem Ausschuss überwiesen.

### Zweite Lesung der Steuervorlagen.

Die Einzelberatung des Vermögenssteuergesetzes wird fortgesetzt. Nach Paragr. 21 beträgt die Vermögenssteuer für die natürlichen Personen von den ersten 250 000 Mark 1 vom Tausend und steigt bis auf 10 vom Tausend. Der Paragr. 22 führt Zuschläge zur Vermögenssteuer ein. Der Zuschlag beträgt von den ersten 250 000 Mark 100 Prozent und steigt bis auf 200 Prozent.

Abg. Dr. Hertz (U. Soz.) beantragt, schon für die ersten 100 000 Mark 100 Prozent zu ergeben und die Steuer bis auf 300 Prozent steigen zu lassen.

Abg. Dr. Hefflerich (Dnl.) bekämpft diesen Antrag während Abg. Höllein (Komm.) für eine Erhöhung der Zuschläge eintritt. Staatssekretär Japs er. erst gegen den Antrag Bedenken. Damit schließt die Aussprache. Es folgen die Abstimmungen.

Der Paragr. 16 (Weitermittlung) wird beschlossen, daß für die Zeit der Erhebung des Zuschlages die Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe Anwendung findet, daß bei Ermittlung des nach altem Ertrages insbesondere auch der Ertrag der letzten drei Jahre berücksichtigt wird. (Zurück des Abg. Höllein (Komm.): Steuerabsteuere! — Seiten feil.) Im übrigen wird Paragr. 16 in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso die Paragraphen 21 und 22, welche die Tarife enthalten.

Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls in der Ausschlußfassung angenommen.

Eine Entschließung Crispian (U. Soz.) will die Finanzämter amweisen, bei der Veranlagung der Vermögenssteuer die Vorlegung der Eindrucks- und Feuerpolizei zu verlangen.

Eine Entschließung des Ausschusses fordert eine Vorlage, durch die für das Einkommensteuer-, sowie für das Erbschaftsteuerrecht die Veranlagungen vorgezogen werden, durch die Wertentwertung notwendig sind. Die Entschließung des Ausschusses wird angenommen, die Entschließung Crispian abgelehnt.

### Das Vermögenszuwachssteuergesetz.

Es folgt die Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes. Nach Paragr. 14 ist steuerpflichtig nur der den Betrag von 100 000 Mark übersteigende Zuwachs. Paragr. 1 bleibt unverändert.

Paragr. 16 entfällt den Steuerart. Die Kommunisten beantragen eine Verschärfung des Tarifes. Der Paragr. 11 wird ebenso wie der Rest des Gesetzes nach kurzer Debatte unter Ablehnung der Änderungsanträge in der Ausschlußfassung angenommen.

Für Beratung steht dann das Gesetz über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Reichsregierung.

## Aus dem Saargebiet.

Im Saargebiet ist es wieder einmal zu scharfen Einprüfungen gegen die sogenannte Völkervereinigung gekommen, die nach wie vor ihre Hauptaufgabe darin sieht, den französischen Interessen den Weg zu bahnen und auf diese Weise den Versailles Vertrag zu verletzen, demzufolge die Saarregierung ein Freihändlerpolitik und keine Interessenspolitik im Saargebiet zu treiben hat. Der Friedensvertrag sieht ein Saarparlament vor, aber die durchaus französische eingelegte Saarregierung hat dieses Saarparlament bisher nicht geschaffen, um als autoritative Instanz möglichst ungehemmt ihre französischfreundliche Politik treiben zu können. Um den Schein zu wahren, befragte die Saarregierung ab und zu die Vertreter der rein deutschen Bevölkerung, die Stadtverordnetenversammlung und die Kreisräte um ihrer Ansicht in dieser oder jener Frage, kümmerte sich aber nicht um diese Ansicht, wenn sie ihren Absichten zuwiderläuft. Nachdem die Kreisratsabgeordneten und die Stadtverordneten sich dieses Komödientenspiel ein Zeitlang angesehen hatten, bekamen sie es satt, sich weiter von der Saarregierung zum Narren halten zu lassen. Sie lehnten für die Zukunft eine Materieteilung und Gutachterfähigkeit ab, die von der Regierung in ihren Erlassen und Maßnahmen doch nicht befolgt wurde. Da erklärte die Regierung schlankwegs im Falle der Ablehnung der Gutachterfähigkeit durch die kommunalen Parlamente, betrachte sie diese Gutachten als gegeben. Man suchte also auf diese Weise nach außen hin das Gesicht zu wahren, eine wenigstens an einem ganz kleinen Eckchen noch demokratisch angehauchte Regierung zu sein. Dieses Scheinmanöver hat aber im Verein mit einem Lohnsteuergesetz, das den Städten und Kreisen den letzten Rest kommunaler Selbständigkeit nehmen soll, dem Faß der Woten ausgeschlagen. Mit der Geburt der Saarbevölkerung geht's zu Ende, man verlangt sein Recht auf Grund des Friedensvertrages und hat nicht länger Lust, sich zum Gegenstand einer Politik machen zu lassen, die der Bevölkerung alle Rechte vorbehält, um sich selbst alle Rechte zuzuschlagen. Man hat an der Saar in Stadtverordneten- und Kreisratsitzungen der parteiischen Saarregierung und ihrer eigenartigen absolutistischen Freihändlerpolitik mit einer Entschiedenheit die Meinung gesagt, die selbst im Regierungsgeschehen zu Saarbrücken nicht überhört werden konnte, weil sie im Ausland und selbst in Gensf zu deutlich gehört wurde. Da ist Herr Kault, der Franzose und Vorkämpfer der Saarregierung, auf Reisen gegangen. Zuerst nach Paris natürlich, dann nach Gensf zum Völkervereinigungsrat, und dann — natürlich — wieder nach Paris. Denn Herr Kault ist nun einmal in erster Linie Franzose und erst dann Vertreter des Völkervereinigungsrates. In Gensf wird man nach allen nicht mehr zu umgehenden Klagen aus dem Saargebiet Herrn Kault ja wohl den Rat erteilt haben, den Absolutismus und die eigenartige Freihändlerpolitik etwas abzumildern, und die Saarregierung wird das nach ihrer Art mit irgendwelchen Maßnahmen schon tun. Wie mehr wird sicher nicht herauskommen, denn die Saarbevölkerung an der Regierung teilnehmen zu lassen, hieße einen Strich durch die französische Interessenspolitik machen, weil die Saarländer Deutsche sind und deutsch bleiben wollen.

## Abberufung der Koblenzarmee.

Zurückziehung der Amerikaner vom Rhein bis zum 1. Juli.

Nachdem die Washingtoner Regierung das amerikanische Besatzungskontingent im Koblenzer Brückenkopf bereits mehrfach vermindert hatte, kommt jetzt die Nachricht von der endgültigen Abberufung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein.

Die Reuter aus Washington meldet, hat der Staatssekretär für das Kriegswesen Wechs angekündigt, daß alle zuzeit am Rhein befindlichen amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli zurückgezogen werden sollen.

Nach der letzten Debatte im amerikanischen Senat kommt diese Maßnahme der amerikanischen Regierung nicht überraschend. Die Opposition im Senat gegen die Aufrechterhaltung der ebenso nutzlosen wie kostspieligen Besatzungen auf deutschem Boden hatte während der letzten Wochen merklich zugenommen, und in den letzten Verhandlungen des Senats war übereinstimmend die Meinung ausgesprochen worden, daß die Lasten der Besetzung nur den Wiederaufbau Deutschlands und Europas unmöglich machen. Dieser Ansicht des Senats hat die Regierung der Vereinigten Staaten durch die Abberufung der Koblenzarmee Rechnung getragen. Gleichzeitig wollte sie durch ihren Entschluß aber auch zum Ausdruck bringen, daß sie die militärische Politik der Alliierten, insbesondere Frankreichs, entschlossen mißbilligt und sich von einem militärischen Schutz der Ententeinteressen in Deutschland gegenüber zurückziehen will.

Den letzten Anlaß zur Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein bildete ohne Zweifel die Weigerung der Pariser Finanzkonferenz, Amerika seinen Anteil an den deutschen Zahlungen für die fremden Besatzungen im Rheinland auszusahlen. Die Forderung Amerikas auf Ersatz seiner bisherigen Kosten bleibt selbstverständlich bestehen. Ob sie beglichen wird, ist allerdings eine zweite Frage. Jedenfalls hatte Amerika keine Veranlassung mehr, zur Sicherung eines Friedens, dessen Undurchführbarkeit es allmählich einzusehen beginnt, seine Truppen noch in Europa zu lassen.

Für Deutschland ist der amerikanische Schritt insofern von Belang, als man in der Abberufungsorder aus Washington den ersten Vorstoß gegen das Besatzungssystem erblicken kann. Befondere Freude kann der amerikanische Entschluß bei uns allerdings nicht auslösen, denn die amerikanischen Truppen, die sich immerhin noch bemühen, der Bevölkerung gegenüber neutral zu bleiben, werden von anderen alliierten Soldaten ersetzt werden. Die Franzosen erhalten die Möglichkeit, die von ihnen besetzte Zone noch etwas weiter auszubehnen.

## Das Moratorium.

Bestätigung der Summen von Cannes. Die Reparationskommission der Entente hat nunmehr ihre Entschließung gefaßt über das, was Deutschland in diesem Jahre an Kriegslasten zahlen soll.

Die Favaas nämlich meldet, enthalten die Beschlüsse der Reparationskommission den Plan eines Moratoriums, wonach Deutschland für 1922 ein Moratorium auf der Grundlage der Beschlüsse von Cannes: Zahlung von 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen, gewährt wird.

Wie weiter dazu gemeldet wird, soll eine Finanzkontrolle über Deutschland verhängt werden. Die Ausführungsbestimmungen sollen später festgestellt werden. Zur Erleichterung der Abkommen von Loucheur und Demelmans werde außerdem Deutschland verpflichtet sein, den Fehlbetrag von nicht ausgeführten Naturalieferungen in bar zu zahlen. Das ganze von Deutschland zu fordernde Garantiesystem werde sofort von der Reparationskommission festgelegt werden, während die Frage der internationalen Anleihe später behandelt werden solle.

## Deutschland und Genua.

Kathenau Führer der deutschen Delegation.

Die deutschen Vorbereitungen für Genua sind zu einem gewissen Abschluß gelangt, so daß sich das Kabinett bereits in seiner nächsten Sitzung mit dem Ergebnis der Vorarbeiten befassen kann. In dieser Sitzung dürften auch die deutschen Delegierten und Sachverständigen für die Genueser Konferenz bestimmt werden. Die eigentliche Delegation wird fünf bis sechs Mitglieder umfassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Dr. Rathenau die Führung übernehmen. Das schließt, erklärt man, jedoch nicht aus, daß auch Reichstanzler Dr. Wirth nach Genua fährt. Bestimmte werde er sich einige Tage in der Konferenzstadt aufhalten, wenn die Premier der übrigen in Genua vertretenen Staaten, be. aber Lloyd George, die Konferenz besuchen. Die Anwesenheit des Reichstanzlers würde aber dann mehr repräsentativer Natur sein und die eigentliche Führung auch in diesem Falle bei Dr. Rathenau liegen.

### Poincaré verzichtet endgültig.

Nach einer von der Agentur Favaas bestätigten Meldung des „Leuvre“ hat Poincaré erklärt, er verzichte definitiv darauf, nach Genua zu gehen.

### Lloyd George verlangt ein Vertrauensvotum.

In England werden alle Vorbereitungen für die Genueser Konferenz getroffen. Die britischen Vertreter sollen in drei Abteilungen abfahren, davon die erste am 4. April. Lloyd George wird voraussichtlich Ende März von seinem Erholungsurlaub in Wales nach London zurückkehren und zur Wiederherstellung seiner Autorität ein Vertrauensvotum verlangen. Es dürfte gelegentlich der Kammerdebatte über die Vertrauensvotum eine große Rede über die Konferenz halten. In der Debatte wird er vor allem Nachdruck darauf legen, daß er hofft, in Genua einen großen Erfolg mit Bezug auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu erzielen. Man glaubt in englischen Regierungskreisen, daß eine derartige Debatte einen großen Wert haben wird, um den verbündeten

Staatsmännern, die nach Genia gehen, zu beweisen daß auch Lloyd George an dieser Konferenz teilnimmt und die Gesamtheit der Regierung und des Parlamentes geschlossen hinter sich hat.

## Die Bilanz der Eisenbahn.

Beseitigung des Fehlbetrages.

Im Hauptauschuß des Reichstages berichtete der Reichsverkehrsminister Groener ausführlich über die gegenwärtige Situation der Reichseisenbahnen. Der ordentliche Haushalt schloß mit 97 Milliarden Mark ab, der außerordentliche Haushalt mit 17 Milliarden Mark. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betragen 11,6 Milliarden Mark, aus dem Güterverkehr 83,8 Milliarden Mark. Die sonstigen Einnahmen betragen sich auf 2,1 Milliarden Mark. Die Ausgaben für Gehälter und Löhne stellten sich auf 42 Milliarden Mark, für sachliche Ausgaben waren 50,4 Milliarden Mark notwendig. Der Schuldendienst beansprucht 4,4 Milliarden Mark. Der Betriebsüberschuß betrug 4,5 Milliarden Mark. Damit ist der Fehlbetrag der noch im vorigen Jahre vorhanden war beseitigt.

Der Minister machte dann darauf aufmerksam daß vom April ab, angesichts der riesigen Steigerung der Materialpreise und Gehälter, die Gültertariife eine 40prozentige Erhöhung erfahren werden.

## Eine kommunistische Funkenanlage.

Aushebung einer geheimen Nachrichtenzentrale in Berlin.

Bereits seit längerer Zeit geht das Gerücht um daß die Kommunisten bemüht sind, unter der Beamtenschaft der Post und Eisenbahn festen Fuß zu fassen. Der Hilfe der Eisenbahnbeamten wollten sie sich deshalb bedienen, um im Falle eines Putschs sofort das gesamte Verkehrsnetz stilllegen zu können. Den Postbeamten war die Aufgabe zugeordnet, die Telegraphen- und Telefonverkehr im Interesse der kommunistischen Partei zu „überwachen“, um auf diese Weise für die Partei geheimzuhaltendes Nachrichtenmaterial abzufangen. Von selten der kommunistischen Blätter ist das immer wieder als eine böse Willkür der Staatskommissare hingestellt worden. Den Bemühungen des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung ist es jedoch jetzt endlich gelungen, den Nachweis zu führen, daß nicht nur jene Meldungen der Tatsachen entsprechen, sondern daß die kommunistische Partei sogar über eine regelrechte Funkenanlage in Berlin verfügte, die sie für ihre Zwecke benutzte. Umständlich wird darüber von dem Berliner Polizeipräsidenten gemeldet:

„Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des in der Linienstraße wohnhaften Mechanikers Walter Ahrens, eines Vertrauensmannes der kommunistischen Partei, wurde eine hochwertige, mit allen erforderlichen Apparaten reichlich ausgestattete telegraphische Funkenanlage entdeckt. Aus der Anlage wurden zahlreiche geheime Dienstvorschriften über Funken- und Telegraphendienst, Verzeichnisse von Funkstationen, von Kabeln und unterirdischen Telegraphenlinien, von Leitstellen, ferner Verzeichnisse von Postankäufen, Pläne, Zeichnungen u. a. m., auf das amtliche militärische und polizeiliche Funken- und Telegraphendienst bezügliche geheimes Material teils in Original, teils in Abschriften vorgefunden. Auch fand man bei Adressen zahlreicher „zuverlässiger“ kommunistischer Vertrauensleute unter den Berliner Postbeamten und den Telephon- und Telegraphenbeamten. Ahrens selbst hat sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen. Der in die Angelegenheit verwickelte kommunistische Stadtrat und Parteisekretär Grylewicz ist von der Polizei festgenommen worden und wird der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats zugeführt werden.“

Wie ergänzend mitgeteilt wird, war die Telefunkenstation eine sogenannte Aufnahme-Station, die nur Telegramme empfangen konnte. Von weit größerer Bedeutung als die Telefunkenstation selbst ist das dabei vorgefundene Material. In diesem Material sind genaue Aufzeichnungen über alle Telegraphen- und Telefonleitungen des Groß-Berliner Fernsprechnetzes enthalten. Aus dem entdeckten Material geht ferner hervor, daß ein gewisser Ahrens in letzter Zeit zahlreiche Gespräche aus Moskau aufgenommen hat, die sodann von ihm schriftlich niedergelegt wurden. Das gesamte vorgefundene Material kann nur durch Diebstahl in den Besitz des Entflohenen gelangt sein, da die vorgefundene Pläne, Aufzeichnungen und Listen nur zur streng vertraulichen Verwendung der Postbehörde bestimmt waren. Zur Weiterführung der Untersuchung hat die Polizeibehörde bereits mit der Postbehörde sich in Verbindung gesetzt.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. März 1922.

— Der deutsche Gesandte in Belgrad v. Keller hat dem König sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

— Der Reichsterrat des Reichstages verständigte sich dahin, daß versucht werden solle, in dieser Woche die Steuerentwürfe vorzulegen zu erledigen.

— Der Hauptauschuß des Reichstages beschloß, die für die Sozialisierungskommission im Etat bereitzustellenden 4 Millionen Mark zu streichen.

— Der Verkehrsaußschuß des Reichswirtschaftsrats hat einen Antrag, der vermehrte Einstellung von Arbeitslosen verlangt, der Regierung zur Berücksichtigung überreicht.

— In Berlin demonstrierten etwa zehntausend Kommunisten auf dem Schlossplatz gegen die Steuerentwürfe und für die Freilassung der politischen Gefangenen.

— Ein Hülferuf der Ostpreußen. Die ostpreussischen Blätter veröffentlichten einen flammenden Protest gegen den Raub der fünf deutschen Reichsteildörfer. Die Abtrennung Ostpreußens von der Weichsel sei durch den neuen Gebietsraub vollständig geworden und der Ring um die belagerte Festung geschlossen. Erschütternd klingt der Hülferuf der Ostpreußen in folgende Mahnung aus:

Helft uns, Ihr deutschen Brüder und Schwestern! Die Stimme des ganzen deutschen Volkes, aller Stämme, Stände und Parteien vereinigt sich zum schärfsten Widerspruch gegen den Vertragsbruch, zu einem entschlossenen Nein, an dem weder das Gerichtsgeföhl des neutralen Auslandes, noch der Vorkatholik und der Rüstbund vorbegehen können, auf daß unsere Regierung den Resonanzboden erhält für eine unbedingte Ablehnung des neuen Raubes an deutschem Land. Ganz Deutschland muß in machtvoller einheitlicher Kundgebung den Ruf erheben, der nicht ungehört in die Welt verhallen kann: Vertragstreue, Gerechtigkeit und Recht! Deutschland, rette Ostpreußen!

Die Hoffnung auf Verständnis für die ostpreussische und deutsche Not bei den Gegnern ist nach alles Erfahrungen gering. Aber ein solches Unrecht kann nicht von Bestand sein!

— Ausdehnung des Ueberalterungsgesetzes. In Reichstage ist eine sozialdemokratische Anfrage eingegangen, die von der Regierung Auskunft verlangt ob sie bereit ist, das preussische Ueberalterungsgesetz auch auf die Reichsbeamten auszudehnen, nachdem das Reichsgericht das preussische Gesetz über die Zwangsdenkmalierung als zu Recht bestehend anerkannt habe. — Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist die Reichsregierung, insbesondere die Reichsverkehrsverwaltung, bereits vor Eingang der sozialdemokratischen Anfrage dem Gedanken einer Ausdehnung des preussischen Ueberalterungsgesetzes auf das Reich nahe getreten. Nach dem im Reichsverkehrsministerium gemachten Feststellungen beträgt im Bereich der deutschen Reichsbahn die Zahl der Ueberalterten (mehr als 65 Jahre alten) Beamten rund 5000. Sie verteilen sich auf alle Kategorien, ist aber besonders stark in mittleren und höheren Dienst. Durch die Anwendung des Zwangsdenkmalierungsgesetzes auf die Reichsbeamten hofft die Reichsverkehrsverwaltung auch die Bedenken der unteren Beamten und der Staatsarbeiter zu zerstreuen, die sich gegen die einseitige Entlassung der Arbeiter und künftigen Angestellten richten, während die lebenslänglichen Beamten von den Sparsamkeitsmaßnahmen der Verkehrsverwaltung bisher überhaupt nicht betroffen seien.

— Frauen als Schöffen und Geschworene. In Rechtsauschuß des Reichstages wurde der Gesetzesentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen und Geschworenendienst in zweiter Lesung angenommen. Bei § 35 wurde der Beschluß erster Lesung bestätigt, welcher Frauen, die zwei und mehr noch nicht schulpflichtige Kinder haben oder glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert, die Ablehnung des Schöffenamtes freistellt. Ein Antrag der Unabhängigen, der die Ablehnung verneint, wurde abgelehnt.

— Elsassische Autonomiebestrebungen. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der französische Botschafter in den Vereinigten Staaten Zifferand der amerikanischen Regierung Material über eine angeblich von Deutschland inspierte Geldsammlung zugunsten einer auf die Autonomie Elsass-Lothringens abzielenden Bewegung zur Verfügung gestellt. Wie hierzu halbamtlich erklärt wird, hat die deutsche Regierung mit der erwähnten Angelegenheit nicht das Geringste zu tun. Sie würde sich auch zu derartigen Machenschaften niemals hergeben. Alle Umstände weisen daraufhin, daß es sich bei der Sammlung, wenn sie überhaupt stattfindet, um eine private Aktion altelsassischer Autonomiebestrebungen handelt. Daß eine sehr starke Autonomiebewegung in Elsass-Lothringen besteht, ist längst kein Geheimnis mehr. Im Elsass allerdings verhindert die französische Regierung jede Propaganda für eine Unabhängigkeit des ehemaligen Reichslandes. Kein Wunder daher, daß die Elssässer ihre Agitation nach Amerika tragen, von dessen Objektivität und Einfluß sie eine Revision des Versailler Urteils über das unbesetzte Elsass-Lothringen erhoffen können. Den Franzosen ist es begreiflicherweise sehr unangenehm, daß bei dem amerikanischen Volke Aufführung über die wahre Meinung der Elssässer verbreitet wird. Daher versuchen sie diesen Schritt, der zweifellos nur von den Elssässern selbst ausgeht, als deutsche Intrige zu re. dächtigen.

— Jugendschutz bei öffentlichen Schaustellungen. Der Reichsminister des Innern hat den preussischen Minister des Innern um Mitteilung erachtet, ob und welche besonderen Bestimmungen auf diesem Gebiete in Preußen erlassen sind, und welche Erfahrungen man mit ihnen gemacht hat. In einer Verfügung, in der der preussische Minister des Innern auf Grund dieses Erachtens von den Landespolizeibehörden Bericht einfordert, macht er gleichzeitig, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, alle Polizeibehörden auf ihre Pflicht zur Beachtung, Pflege und Ueberwachung der Schaustellungen auf Schandbühnen, Varietés, im Zirkus usw. namentlich im Hinblick auf die sittliche Gefährdung der Jugend hinzu aufmerksam. Insbesondere soll gegen Verführer gegen die Strafgesetze, z. B. §§ 183, 184 und 184a Reichs-Straf-Gesetzbuch (Verbreitung von unzüchtigen Schriften, Abbildungen usw.) nachdrücklich eingeschritten werden.

— Ueber angebliche „Nichtlinien“ beim Eisenbahnerstreik veröffentlichte vor einiger Zeit das „Berliner Tageblatt“ ausführliche Einzelheiten, die geizig sein waren, Aufsehen zu erregen und daher auch der Weg fast in die gesamte deutsche Presse gefunden haben. Das genannte Blatt ist jedoch offenbar einer noch nicht aufgearbeiteten Täuschung zum Opfer gefallen, denn an dem Streik beteiligte und nichtbeteiligte Eisenbahnerkreise versichern mit aller Bestimmtheit, daß diese angeblichen „Nichtlinien“ niemals existiert haben. Da keinerlei Anlaß vorliegt, den positiven Erklärungen der Eisenbahner keinen Glauben zu schenken, so darf man feststellen, daß diese „Nichtlinien“ in der Tat niemals von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner aufgestellt und angenommen worden sind.

— Die jüngere deutsche Provinz Polen in endgültig in die polnische Zentralverwaltung überzugehen.

— Die polnische Regierung hat in einer Note an Österreich einen Schiedspruch über Wilna abgelehnt.

— Im polnischen Parlament wurde ein besonderer Antrag zur Steuer für ledige Frauen und Männer (Einkommensteuer) beschlossen.

— Nach dem „Journal“ soll der Abgang Jules Cambons aus seiner Stellung als Vorsitzender der Vorkatholik Konferenz erst nach Erledigung bestimmter schwebender Angelegenheiten, so namentlich des Polischenfalls von Petersburg in Oberböhmen, zu erwarten sein.

— Der Ausbruch in Sabafrika ist nach einer Dauer von 67 Tagen zu Ende gegangen. Die Arbeiter haben abermals die Arbeit wieder aufgenommen.

Frankreich: Der Kolonialskandal in Togo.

— Der französische Kolonialminister Sarraut mußte in der Kammer den Versuch, die Anlagen, die der Abgeordnete von Guadeloupe Boisneuf gegen die Verwaltung in einigen französischen Kolonien, namentlich in Togo, vorgebracht hatte, einzuschneiden, doch mußte er erhebliche Beschlüsse der französischen Kolonialbeamten zugeben. Gegen die Beamten, deren Tätigkeit angezweifelt wurde, wurde vor Gericht oder im Wege des Disziplinarverfahrens vorgegangen werden. Es sei richtig, daß die Militärbehörde keine Zeit die geeigneten Eingeborenen mit Belohnungen habe diese Maßnahmen sei aber rückgängig gemacht worden. Nach einer längeren Debatte, in der die Abgeordneten der Kolonialgebiete zum Teil bei ihren Beschwerden verharren wurde zum Schluß auf Antrag des Kolonialministers die einstige Tagesordnung angenommen.

Irland: Neues Aufflammen des Bürgerkrieges.

— Die Lage in Irland ist neuerdings wieder sehr gespannt, und zwar in zweierlei Beziehung. Einmal da der Gegensatz zwischen der radikalen Unabhängigkeitspartei unter Führung des De Valera und den Anhängern der provisorischen Regierung sich heftig verschärft und teilweise bereits zu blutigen Zusammenstößen geführt. Außerdem haben sich wegen der Grenzregelung zwischen Nord- und Südirland heftige Kämpfe entzündet. Nach einer Schlichtung der Belfast „Evening News“ gleicht die Grenzlinie zwischen Ulster und Südirland einer Schlachtfeld. Die Streitkräfte des irischen republikanischen Heeres und der Ulsterleute händeln sich auf Schussweite gegenüber und hätten sich während des Wochenendes mit Gewehren und Maschinen gewehren dauernd unter Feuer gehalten. Folgende Kolonnen des irischen republikanischen Heeres hätten bereits zwei Einmärsche in das Ulstergebiet unternommen, wo sie Polizeistationen überrumpelten und alle dort befindlichen Waffen fortführten.

Rußland: Lenin schwer erkrankt.

— Der russische Volkskommissar Lenin ist an den Folgen einer vor drei Jahren durch ein Attentat erlittenen Verwundung schwer erkrankt. Geheimrat Dr. Klempner aus Berlin ist telegraphisch zur ärztlichen Beratung dringend an das Krankenlager Lenins berufen worden und befindet sich bereits in Begleitung des Berliner Sowjetdirektors Krasinski auf dem Wege nach Moskau.

Kolonie Deutschland!

— Berlin, 21. März. Nach einer Meldung aus Paris waren die Verhandlungen der Reparationskommission von der Erörterung der Frage der Herabsetzung der Besatzungskosten erfüllt. Man will eine radikale Herabsetzung der englischen und französischen Besatzungskosten erzielen, verlangt jedoch, daß die deutschen Verwaltungskosten erheblich herabgesetzt werden. In diesem Zweck fiel von englischer Seite der Vorschlag, eine Einschränkung der deutschen Verwaltungskosten dadurch zu erzielen, daß die Bundesstaaten einen Teil der Besatzungskosten auf ein Mindestmaß herabgesetzt oder gänzlich fallen gelassen werden sollten. Den Rest der französischen Besatzungskosten gegenüber, daß durch diese Maßnahme eine Zentralisierung der Reichsverwaltung erzielt würde, die den französischen Interessen zuwiderläuft.

Deutscher Austausch zu Genua.

— Berlin, 21. März. Wie nunmehr auch halbamtlich erklärt wird, sind die Vorbereitungen innerhalb der einzelnen zuständigen Ministerien für die am 10. April beginnende Wirtschafts- und Finanzkonferenz in Genua zu einem gewissen Abschluß gekommen. Nach den bisherigen Dispositionen wird die deutsche Delegation voraussichtlich unter der Führung des Außenministers Dr. Rathenau stehen.

Nizza und der Vatikan.

— New York, 21. März. Der italienische Botschafter hat im heiligen katholischen Klub eine Rede gehalten in der er u. a. folgendes ausführte: „Es ist höchste Zeit, der Legende von „dem Gefangenen im Vatikan“ ein Ende zu machen.“ Der Botschafter forderte den Papst auf, die Probe auf das Exempel zu machen und einen Spaziergang durch die Straßen Roms zu unternehmen. Kein redlicher Mensch dürfte länger behaupten, daß die Einheit Italiens im Widerspruch stehe mit der Unabhängigkeit der römisch-katholischen Religion und unvereinbar sei mit dem tiefen Respekt der geistlichen Autorität des Papstes geizime und auch geizt werde.

Amerikas Goldschatz.

— Washington, 21. März. Der neue amerikanische Münzdirektor macht öffentlich bekannt, daß ein Drittel des gesamten Goldvorrats der Welt sich augenblicklich im Besitz der Vereinigten Staaten befindet. Dieser Gesamtbestand wird auf etwa 9 Milliarden Dollars geschätzt, wovon sich 3 Milliarden in amerikanischen Händen befinden. Hiervon sind 280 Millionen Dollars geprägte Münzen und der Rest Goldbarren.

## Aus Stadt und Land.

— Verschärfter Belagerungszustand in Gletwitz. Infolge der zahlreichen Mordanschläge, welche letzthin in Gletwitz verübt wurden, hat der Kreisrat trotz lehr in Uebereinstimmung mit der Militärbehörde angeordnet, daß die Kaffeehäuser und Schankstätten in Gletwitz um 11 Uhr abends schließen. Im Stadteil Petersdorf muß die Schließung bereits um 8 Uhr erfolgen. Die Einwohner sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie den Personalausweis, der jederzeit von ihnen verlangt werden kann, bei sich führen müssen.

— Sechs Wochen Gefängnis für einen Kuß. Der falschen Ansicht, daß ein Kuß noch zu den wenigen Gebrauchsmitteln des täglichen Bedarfs gehöre, ob man gratis erhalte, war ein junger Pole, der in England Eisenbahn fuhr. Er benötigte die Dunkelheit eines Tunnels in der Grafschaft Northumberland, um seinem reizenden Gegenüber einen Kuß aufzubringen. Leider schien der edle Pole über englische Frauen und deren heiligste Sphäre nicht ausreichend informiert zu sein, denn er war höchlichst erkrankt.

Um die „mildste“ Umänderung im Auge eines Strafantrag und sechs Wochen unzeitwilligen Gefängnis aufenthalts eintrug...

**Sowjetische Beschlagnahme.** Die in Leipzig geplante große Rauchwarenauktion für Rechnung der Sowjetregierung wurde unmittelbar vor ihrem Beginn durch einseitige Verfügung des Landgerichts Leipzig verboten. Das Verbot gründet sich auf einen Einspruch der U. S. Russisch Handelscompagnie in Kopenhagen, die die zur Versteigerung stehende Ware als ihr Eigentum reklamiert. Die russische Regierung soll die Belohnung auf dänischem Hoheitsgebiet beschlagnahmt haben, so daß ein „Raub“ vorliegen würde. Der Schaden, der durch das Nichtstattfinden der Auktion angerichtet wurde, ist angesichts der zahlreichen Einkäufer, die zum großen Teil aus dem Ausland nach Leipzig gekommen waren, völlig unabweisbar.

**Der Relativitäts-Einsein in Paris.** Wie der „Temps“ mitteilt, wird Professor Dr. Einsein auf Berlin im College de France eine Reihe von Vorträgen halten. Gansleb werde in der Akademie der Wissenschaften einen Kommentar zu den Vorträgen Einsteins geben. Der „Temps“ nennt den Gelehrten einen „Schweizer“ Mathematiker!

**Wölfe in Bosnien.** Der vielfach verbreiteten Ansicht, daß in Europa nur noch wenige oder keine Wölfe ihre Heimat haben, widerspricht eine Meldung aus Bosnien, wonach im Laufe des Jahres 1921 nach amtlichen Angaben von Wölfen zerissen wurden: 174 Pferde, 507 Kinder, 2664 Schafe, 547 Hiegen und 43 Schweine. Infolge zu großen Viehverlusts scheinen die Bewohner ihre Herden recht sorglos werden zu lassen.

**Die Leiche im Koffer.** In Königsberg i. Pr. wurde der verschundene 23-jährige Kaufmann Erich William auf dem Boden eines Hauses als Leiche mit Stricken verknüpft in einem Koffer aufgefunden. Der Täter wurde verhaftet. Die Motive der Tat sind noch nicht festgestellt.

**Manöverpartie in Leipzig.** In rauer morgens wurde in Leipzig ein Metallarbeiter überfallen. Die Täter raubten ihm die Brieftasche mit einigen Hundert Mark Inhalt. Am Abend des gleichen Tages drang ein Mann in das Schlächtergeschäft Blüthmann um angeblich Wurst zu kaufen. Als Blüthmann die Ware einwickelte, gab der Fremde zwei Schüsse auf

den Kaufmann ab. Da die Schüsse fehl gingen, zog der Räuber ein langes Messer hervor und bracht dem Blüthmann mehrere Messerstiche im Rücken und am Kopfe bei. Sein Vorhaben, die Kasse zu rauben mißlang. In beiden Fällen konnten die Räuber flüchten.

**Das Eis des Rigaischen Meerbusens.** Noch immer ist das Eis im Rigaischen Meerbusen so stark, daß die deutschen Dampfer, die dort festliegen, noch nicht befreit werden konnten. Von der Dienststelle der Stettiner Marineleitung wird dazu mitgeteilt, daß der Kreuzer „Arcona“ infolge einer Beschädigung beim Vorstoß in das Eisfeld weitere Versuche hat einstellen müssen. Dem Schlepper „Boreas“ ist es wegen der Dicke des Eises gleichfalls nicht gelungen, die Dampfer zu erreichen. Die Marineleitung wird nun das einzige im Dienst befindliche Linienschiff „Dannover“ nach dem Rigaischen Meerbusen entsenden.

**Kleine Nachrichten.**  
Die Kronprinzessin wird sich von Cecilienhof aus zum Gefängnis ihrer Mutter, der Großherzogin Anastasia, begeben.  
Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich sind nach Doorn abgereist.

**Volkswirtschaft.**  
Berlin, 21. März. (Börse.) An der Börse macht sich eine gewisse Unruhe deutlich bemerkbar. Es kommt wenig Ware heraus und es wird wenig gekauft. Allerdings steht auch der Quartaalskultus bevor, der diesmal mit einer sehr hohen Geldknappheit verbunden ist. In Devisen und Dollar (388) ist eine Abschwächung eingetreten.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	21. 3.	20. 3.	1914
100 holländische Gulden	11 013	11 263	167,-
100 belgische Franken	2445	2597	80,-
100 dänische Kronen	6153	6393	112,-
100 schwedische Kronen	7559	7933	113,-
100 italienische Lire	1473	1548	80,-
1 englisches Pfund	1263	1333	20,-
1 Dollar	288	304	4,20
100 französische Franken	—	2747	80,-
100 schweizerische Franken	—	5954	80,-
100 tschechische Kronen	496	510	—

**Gedenktafel für den 22. März.**  
1599 \* Der Maler Anthonis van Dyck in Antwerpen (+ 1641) — 1797 \* Kaiser Wilhelm I., König von Preußen

(† 1888) — 1799 (22. und 23.) März der Deputierten über die Franzosen bei Feilitzsch — 1893 + Goethe Weimar (\* 1749) — 1858 \* Der Forschungsreisende Dr. Meyer in Hildburghausen — 1915 Kapitulation der Festung Przemyśl — 1918 Wiederherstellung der chinesischen Republik

**Letzte Nachrichten**  
**Neue Steuerkompromiß-Schwierigkeiten?**  
Berlin, 21. März. Wie bereits mitgeteilt, wird Dr. Rathenau in der morgigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine Erklärung über das Bemelmansche Abkommen abgeben. In parlamentarischen Kreisen legt man diese Sitzung außergewöhnliche Bedeutung bei, da man befürchtet, daß die Deutsche Volkspartei ihre Programmforderung betreffend Verträge nicht ohne Zustimmung des Reichstages abzuschließen, aufrecht erhält und daß bei einer die Deutsche Volkspartei nicht befriedigenden Erklärung Rathenaus neue Komplikationen für das Zustandekommen des Steuerkompromisses entstehen.

**Ueber 40 000 streikende Metallarbeiter in Württemberg.**  
Stuttgart, 22. März. Ueber den Umfang des Metallarbeiterstreiks ist in einer vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen Zusammenstellung zu entnehmen, daß in ganz Württemberg 180 Betriebe mit 41 080 Arbeitern im Streik befinden und in 30 Betrieben stehen 15 004 Arbeiter in Kündigung.

**Die wirtschaftliche Ueberfremdungsgesfahr im Rheinland.**  
Karlsruhe. Seit dem 1. Januar sind im Bereich der Handelskammern Karlsruhe und Mannheim mehr als 100 Handelsfirmen in ausländische Hände übergegangen, vornehmlich in französische und luxemburgische.

**Wahregelung der Eisenbahnbeamten.**  
Berlin, 21. März. Nach einer Mitteilung, die der Reichsverkehrsminister Gröner in der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses machte, sind wegen der Beteiligung am letzten Eisenbahnstreik rund 350 Disziplinarverfahren anhängig gemacht und 120 bis jetzt eingestellt worden. Von Kündigungen bei künftigen Beamten sind insgesamt 233 aufrecht erhalten worden.

**Einderleibung von Lippe.**  
Berlin, 21. März. Weitere Einderleibungsverhandlungen werden zurzeit von Preußen mit den beiden Freistaaten Lippe geführt.

**Hafer kauft**  
zum höchsten Tagespreis  
**Louis Schmidt, Dippoldiswalde.**

Die neuesten Schöner in **Damenhandtaschen Besuchstaschen usw.**  
findet man gut und billig im Spezial-Feberwarengeschäft von **Oskar Radestock, Dippoldiswalde, Altendorfer Straße**

**Hausmädchen**  
Sucht oder 1. April bei hohem Lohn gesucht.  
**Frau Buchdruckereibesitzer Jehne sen., Dippoldiswalde, Gartenstraße 247 F. 1.**

Ein fleißiges, lauberes **Mädchen**  
Sucht oder 1. April bei mäßiger Stellung treten.  
H. Hartmann, Badermeister, Bahndorf, Dresdener Straße 5.

Von meinen mit 1. u. Ehrenreife präparierten **Star-Gold-Spandotten**  
gibt Bräuer, Tugend 75 W., abg. n. Stad 7 W., ab. S. Pfister, Ditzschb.

**Rheinweinflaschen**  
kauft (Stad 2.-) Weinhandlung Nord-Reward

Die beste Qualität **Norr-Bay-Rum**  
Besteht aus dem besten Weizen. Zu hab. d. G. Bach, Parfümerie, Markt.

**Fleisch und Wurst.**  
Scharfe, **Schickl Dippoldiswalde, Telephon 80.**

**BP**  
Donnerstag, abends 8 Uhr **Versammlung**  
in „Stadt Dresden“  
Vollständiges Erscheinen erwünscht  
Der Vorstand

**Alle Gewürze**  
Hermann Lemmatzsch  
Drogerie & Eisenwaren  
Dippoldiswalde

**Schreibmaschine,**  
Verkauft, verkauft billig  
**Franz Weidner.**

**Strümpfe** werden mit Maschine angeknüpft bei Herrn. Nothe, Herrngasse 98.  
**Schlacht-pferde**  
kauft  
Herrn. Scherz, Kohlschlägerel.  
Dippoldiswalde, Markt 28,  
Telephon 80.  
Bei Notkündigung sofort zum Verkauf. Nachteillos vorhanden.

Ihre in Dresden vollzogene Vermählung zeigen an  
**Emil Siegert und Frau Alara**  
geb. Gröner.  
Dohna, 18. März 1922. Reinhardtsgrimma.

**Schauspielhaus Schmiedeberg.** Sonntag d. 26. März abends 8 Uhr  
Gastspiel der Theatergesellschaft Dir. F. Nöcker.  
Laden! Die Schusterbaronesse. Humor!  
Humorvolles Volksstück in 4 Akten von Th. Schmidt.  
Gute Ausstattung! Modernste Toiletten!  
Preise der Plätze im Vorverkauf im Theaterlotto:  
Sperrpl. 7.00 M., 1. Platz 6.00 M., 2. Platz 4.00 M.

**Senkers Restaurant Hödendorf.**  
Nächsten Sonntag, 26. März  
**Abendessen.**  
Hierzu laden freundlich ein  
Bruno Senker und Frau.

Sieben eingetroffen: Ein Posten Wringmaschinen, Nähmaschinen,  
**Herren- und Damen-Räder**  
großen Posten Gummi zu günstigsten Preisen empfiehlt  
**Hermann Voigt** Dippoldiswalde, Tel. 221.  
Gerberplatz 2/8.  
Alle Reparaturen schnellstens!

**Tanzunterricht.**  
Der neue Anfängerkursus beginnt bestimmt am Dienstag den 28. März abends 8 Uhr im Schützenhaus. Einleitenden für moderne Tänze vorher. Gest. Anmeldungen bei Fr. Reppner oder vor Beginn.  
Um recht zahlreiche Beteiligung bit es hochachtungsvoll  
**Hugo Roenede, Tanzlehrer.**

**Filz-, Velour- und Strohhüte**  
werden gereinigt oder gefärbt und in die neuesten Formen umgepresst.  
**Wir lassen unsere Gabelsober**  
stets oberirdisch reinigen u. sehen daher so elegant aus  
**Theodor Kunst, Dippoldiswalde.**  
Annahmestelle in Schmiedeberg: Schneidermeister Robert Thierfelder  
Kipsdorf: Fräulein Anna Petersold.  
Oelsa: Fräulein Gertrud Wolnhold.

Anlässlich unserer Vermählung allen denen, die uns durch Glückwünsche und Geschenke so freundlich bedacht haben,  
**herzlichsten Dank.**  
Kipsdorf, den 19. 3. 22.  
**Arno Beyer nebst Frau Ida, geb. Kohl.**

**Gasthof Oberhäslich**  
Sonntag den 26. März  
**Mandolinen-Konzert und Ball**  
Anfang abends 7 1/2 Uhr  
ausgeführt von Mitgliedern des Mandolinen-Klubs Dippoldiswalde  
**Gasthof Hengersdorf**  
Donnerstag den 23. März  
**Abendessen mit Ballmusik.**  
Hierzu laden freundlich ein Otto Mäder und Frau.

**Zucht- und Milchviehverkauf**  
im Erbgericht Friedersdorf.  
Von Donnerstag den 23. März ab stellen wir einen solchen Transport hochtragender und abgekalbter  
**Rühe, Distriessche Holländer,**  
sowie prima Kuhkalbchen bei Herrn Bruno Jakob preiswert zum Verkauf.  
**Friedersdorf. Gebrüder Fersch.**  
Schlachtwiege wird zu höchsten Preisen in Zahlung genommen.

**Autogene Schweißarbeiten**  
führt preiswert aus  
**Auto-Reparatur W. Dietrich, Dippoldiswalde**  
Bahnhofstraße 19c. Telephon 181.

Für die Beweise der Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Vaters  
**August Thomser**  
sage ich allen meinen tiefgefühltesten Dank, besonders dem Schmiedebürger-Mil. Bröckel für das Tragen des Entschlafenen sowie Anspitze.  
Dippoldiswalde und Kemsitz.  
Die trauernde Gattin Auguste verm. Thomser und Kinder.

**Inserieren Sie**  
in der „Weißeritz-Zeitung“  
und Sie werden Ihre Ware los, denn die „Weißeritz-Zeitung“ ist die verbreitetste Zeitung in Stadt und Land.

**Zahlarten für Steuerentrichtung.** Um einen bequemen und billigen Weg für die Abführung der Einkommen-, Umsatz-, Besitz-, Erbschafts- usw. Steuern des Reichsnotopfers sowie der Kapitalertragssteuer für Hypothekenzinsen an die Finanz- und Steuerkassen zu schaffen, werden demnächst besondere Zahlarten eingeführt. Für Buchungszwecke bei diesen Kassen sind die Abschnitte auf der Rückseite mit einem Vordruck versehen worden, den der Absender auszufüllen hat. Einen gleichen Vordruck, der ebenfalls auszufüllen ist, trägt die Rückseite des Posteinlieferungsscheins. Durch Vorlegung des von der Postanstalt vollzogenen Posteinlieferungsscheins kann der Absender die Entrichtung der Steuern jederzeit nachweisen. Damit die Kapitalertragssteuer für die am 1. April fälligen Hypothekenzinsen an die Finanzkasse mit Zahlarte abgeführt werden kann, werden die Vordrucke schon vom 20. März ab bei den Postanstalten vorrätig gehalten. Die Zahlarten für die Entrichtung der übrigen Steuern werden von Ende März ab bei den Postanstalten abgegeben.

**Freie Vermittel für Unbemittelte.** Der Reichstagsausschuß für Bildungsweesen hat die Reichsregierung ersucht, den Ländern Beihilfen zu den dort bewilligten Mitteln zu gewähren, damit für un- und mittellose und für kinderreiche Familien Vermittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.

**Zum 22. März.** Am 22. März 1797 wurde in Berlin der nachmalige deutsche Kaiser Wilhelm I. geboren. 125 Jahre sind seit diesem Tage vergangen und es lohnt zu diesem Anlaß eines Wortes um die großen Verdienste des ersten deutschen Kaisers um die Einigkeit der früher in unzählige Kleinstaaten zerstückelten deutschen Nation zu erinnern. Am 2. Januar 1861 bestieg Wilhelm als Nachfolger seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. den preussischen Königsstern. Nachdem der neue König die preussischen Truppen 1864 und 1866 zum Siege geführt hatte, gelang es ihm, auch im deutsch-französischen Krieg 1870/71 den deutschen Fahnen zum Siege zu verhelfen. Am 18. Januar 1871 wurde dann im Spiegelssaal in Versailles das Deutsche Reich mit Wilhelm I. als Kaiser begründet. Die langersehnte Einigung aller deutschen Länder war das große geschichtliche Verdienst des ersten deutschen Kaisers und seines Kanzlers Bismarck. Wir denken jetzt mit Behmut an diesen demütigen Tag zurück; — wurde doch im Jahre 1911 im gleichen Saale in Versailles der ungeliebte „Friedensvertrag“ unterzeichnet.

## Das Reichsmietengesetz.

Mit der endgültigen Annahme des Reichsmietengesetzes im Reichsrat ist der heiße Kampf, der seit Jahr und Tag um das Gesetz ausgefochten wurde vorläufig zum Abschluß gekommen. Recht zurecht ist eigentlich niemand mit dem Gesetz, weder der Vermieter, noch die Mieter. Die Vermieter lehnen es ab, weil es die Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Mietpreisbildung für weitere vier Jahre — das Gesetz soll am 1. Juli 1926 außer Kraft treten — beibehält und weil die Zuschläge, die es vorsieht nicht den Forderungen des Hausbesitzes gerecht werden. Die Mieter aber sehen in dem Gesetz eine neue Belastung der Mieter, da es die Kosten für die großen und kleinen Instandsetzungsarbeiten auf die Schultern der Mieter abwälzt. Doch das Gesetz ist nun da, Mieter und Vermieter müssen sich mit seinen Vorschriften abfinden, gewisse Rechte bringt es beiden Parteien.

Was bringt nun eigentlich das Reichsmietengesetz? Zunächst einmal die sogenannte „gesetzliche Miete“. Mieter wie Vermieter können jederzeit dem anderen Vertragsstück gegenüber erklären, daß sie statt der vereinbarten (d. h. der gegenwärtigen) die gesetzliche Miete verlangen oder zahlen wollen. Bei ihrer Ermittlung ist auszugehen von dem Mietzins, der am 1. Juli 1914 Geltung hatte. Bei Bauten, deren Fertigstellung in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis zum 30. Juni 1918 erfolgte, hat das Mietseinergebnis die Friedensmiete in der Höhe festzusetzen, welche der gegen die Friedensmiete erhöhten Baukosten entspricht. Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandsetzungskosten enthaltene Betrag ist abzusetzen; in welcher Höhe, bestimmt die oberste Landesbehörde. **Du nach diesem Weg verbleibende Summe gilt als Grundmiete.**

In dieser Grundmiete treten Zuschläge für

1. Die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundwerts.
2. Die Betriebskosten, als welche angesehen sind die für das Haus zu entrichtenden Steuern, öffentlichen Abgaben, Versicherungsgebühren, Verwaltungs- und ähnliche Unkosten.
3. Die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten.

Die Zuschläge zu 2 und 3 müssen der jeweiligen Höhe der Betriebskosten und der Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten Rechnung tragen. Sie sind in Hundertstücken der Grundmiete festzusetzen und können nach Gruppen und Klassen von Mieträumen abgefast werden.

Der Instandsetzungszuschlag ist von den Vermietern für die erforderlichen laufenden Instandsetzungsarbeiten sachgemäß zu verwenden. Der Vermieter hat der Mietervertretung auf Antrag die Verwendung der Gelder nachzuweisen. Hat der Vermieter die Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten unterlassen oder die Gelder nicht sachgemäß verwendet, so hat eine von der Landesbehörde zu bestimmende Stelle auf Antrag des Mieters oder von

Wants wegen die sachgemäße Ausführung der Instandsetzungsarbeiten zu sichern. Sie kann insbesondere anordnen, daß die Mieter einen entsprechenden Teil des Mietzinses nicht an den Vermieter, sondern an die Behörde selbst oder an eine andere Stelle zu entrichten haben.

**Große Instandsetzungsarbeiten.** Über der Mieter soll auch zu den großen Instandsetzungsarbeiten herangezogen werden und einer weiteren Zuschlag in einem Hundertstel der Grundmiete für diesen Zweck entrichten. Dieser Zuschlag ist von dem Vermieter auf ein für sein Haus besonders einzurichtendes Hauskonto einzuzahlen. Jede Verfügung über diese Gelder bedarf der Zustimmung der Mieter. Wird die Zustimmung verweigert, so muß immer die Behörde eingreifen und entscheiden. Gemeinden und Gemeindeverbände können mit Zustimmung der Landesbehörde einen Ausgleichsfonds einrichten, aus dem für große Instandsetzungsarbeiten, die mit den oben erwähnten Zuschlägen nicht gedeckt werden können, an wirtschaftlich Schwache Beihilfen nach billigen Ermessen gewährt werden. Zu Mittel hierzu sind durch einen besonderen Zuschlag zu dem den Gemeinden aufliegenden Zuschlag zu der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues zu beschaffen. Die Kosten der Sammelheizung, Warmwasser- und Abwasserleitungen sind getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen. Wie sie umzuliegen sind, bestimmt wieder die oberste Landesbehörde Neubauten, das heißt Häuser, die nach dem 1. Juli 1918 entstanden sind, unterliegen nicht den Vorschriften des Gesetzes.

Nach § 17 sind die Mieter berechtigt, einen oder mehrere von ihnen mit ihrer Vertretung in Mietangelegenheiten zu beauftragen. In Streitfällen haben sich Vermieter wie Mieter zunächst an die Mietervertretung zu wenden, die nach Möglichkeit eine gütliche Vereinbarung herbeizuführen versuchen soll. So weit das Gesetz, das gewissermaßen nur der Rahmen für die zu erlassenden Ausführungsvorschriften bildet.

## Die Breslauer Frühjahrsmesse.

Ministerpräsident Braun gegen Schlesiens Autonomie.

Die Breslauer Frühjahrsmesse wurde mit einem Festakt in der Jahrhunderthalle eröffnet, wobei der preussische Ministerpräsident Braun eine Ansprache hielt. Der Kernpunkt seiner Rede waren folgende Sätze:

„Die Schlesien industriell und gewerblich zu hoher Höhe aufzusteigen ist, so wird es auch seine wirtschaftlichen Zukunftspunkte am sichersten als ungeteiltes festes Glied des preussischen Staatsgefüges erreichen können, mit dem es so innig verflochten ist. Nichts wäre für das deutsche Volk verderblicher als die Steigerung der deutschen Kleinstaaterei, die, wie uns die Geschichte gelehrt hat letzten Endes zur Schwächung unserer Wirtschaftskraft und zur politischen Machtlosigkeit führen muß. Die deutsche Wirtschaft kann heute kaum noch den umfangreichen Verwaltungsapparat tragen, der durch die föderale Struktur des Reiches bedingt ist; die Errichtung neuer, taun lebensfähiger Staatsgebilde durch Abtrennung von großen Staaten müßte geradezu verhängnisvoll wirken.“

Grüße von der Reichsregierung überbrachte Reichswirtschaftsminister Schmidt. Das Streben, die deutsche Industrie die Wege zu finden, um den Wiederaufbau des Vaterlandes auch im Osten zu fördern, wird von der Reichsregierung aufrichtig begrüßt. Sie wird solche Bestrebungen mit allen Kräften unterstützen. Die Reichsregierung empfindet mit Schlesien den Schmerz über den Verlust des ober-schlesischen Landes. Die Bestrebungen zur Wiederanknüpfung der östlichen Handelsbeziehungen, bei denen Neigung und Abneigung zurückgestellt werden müssen, verfolgt die Reichsregierung mit lebhaftem Interesse und unterstützt sie, soweit es ihr irgend möglich ist.

Der Geschäftsbetrieb auf der Messe war sehr lebhaft. Einzelne Artikel waren schon am ersten Messetage ausverkauft. Die geschäftlichen Ansichten können als günstig angesprochen werden. Die Messe zerfällt in neun Gruppen, von denen diejenige für Waren und Bekleidung die größten sind. Auch die Lebens- und Genussmittelabteilungen sind sehr reich besetzt. Dann kommen die Gruppen für Möbel, Haus- und Küchengeräte, Drogen und Chemikalien und Kunstgewerbe und Geschenkartikel, Leder- und Papierwaren.

## Neuer Gebietsraub.

Ostpreußen von der Weichsel abgedrängt

Während man in Deutschland allgemein glaubte, daß nach der ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien die Grenzen im Osten nunmehr endlich feststehen, kommt plötzlich die Kunde von einem neuen Gebietsraub in der Ostmark. Wie aus Königsberg gemeldet wird, hat die Interalliierte Grenzfestsetzungskommission am 13. März mit allen gegen die deutsche Stimme folgenden Beschluß gefaßt:

„Die fünf Ortschaften Johannsdorf, Kuben, Reus, Liebenau, Ramersdorf und Klein-Weichsel mit ihren ganzen Gemarkungen sowie der Weichselhafen von Kurzebrak einschließlich des bisher deutschen Inlandes der alten Gehrstele und der Weichsel sowie der Halbinsel an der Weichselbrücke von Winkerswalde fallen an Polen. Im übrigen soll die Grenze zwischen Reich und Polen, und zwar 20 Meilen östlich des Weichsel, verlaufen. Groß- und Klein-Polj soll polnisch bleiben.“

Der deutsche Kommissar hat gegen den Beschluß Widerspruch erhoben und die Erklärung abgegeben, daß weder er noch seine Regierung diese Entscheidung anerkennen. Weiter hat gegen diesen Be-

schluß der Grenzfestsetzungskommission, der die Entscheidung Ostpreußens von der Weichsel bedeutet, der ostpreussische Provinziallandtag einstimmig scharfen Protest erhoben und verlangt, daß die Reichsregierung die Annahme dieser ungerechten Entscheidung die eine dem Friedensvertrag völlig zuwiderlaufende Festsetzung der Weichsel-Grenze vorzieht, entschieden ablehnt. Es handelt sich bei dem Beschluß der Grenzfestsetzungskommission um eine offene Vertragswidrigkeit Begünstigung der Polen, denen neue Orte mit starken deutschen Mehrheiten bei der Volksabstimmung angeschlossen werden, nur um Ostpreußen völlig von der Weichsel abdrängen.

## Hilfspersonen der ländlichen Krankenpflege, deren Vorbildung, Anstellung und Verwendung.

Richtlinien.

Von B. Reichenau, Königsberg i. Pr.

Die Vermehrung, die wirtschaftliche Sicherstellung und der Ausbau der Gemeindefürsorgestationen ist eine dringende Notwendigkeit.

Die Gemeindefürsorgestation braucht für ihren Beruf eine Spezialausbildung, und zwar entweder eine von vornherein darauf hingerichtete oder eine ergänzende bei dem Uebergang aus der Anstaltskrankenpflege in die Gemeindepflege. Sie braucht für das Land besondere Kenntnisse, sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet wie für die heute immer schwieriger werdende soziale Arbeit, eingeschlossen Kinder- und Jugendpflege. Diese Arbeitsgebiete berühren sich auf das engste mit der Krankenpflege. Die Ausbildung kann, entsprechend der Anlage und späteren Verwendung, mehr spezialisiert werden nach der praktisch-pflegerischen oder nach der pädagogisch-wirtschaftlichen Seite hin.

Der Beruf der Gemeindefürsorgestation muß in jeder Beziehung so ausgestaltet werden, daß sich mehr als bisher Frauen und Mädchen vom Lande und aus der Kleinstadt ihm zuwenden. (Das ist das Ziel auch des Reichs-Landbundes.)

Die Besetzung jeder Station mit zwei oder mehr Schwestern ist möglichst anzustreben. Bei größeren Bezirken muß die Station für Besorgungsmöglichkeit, Wagen oder Rad sorgen. Notwendig ist eine wirtschaftliche Besserstellung der Schwestern und bei solchen, die keinem Mutterhaus bzw. Schwesternverband angehören, eine ausreichende Altersversorgung. Träger der Station muß die Gemeinde, ein örtlicher Verein bzw. ein Zweckverband sein, der die Kosten für Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Deputat aufbringt. Neben anderen Organisationen haben besonders der Kreis, die Krankenkasse, die Landesversicherungsanstalt ein Interesse daran, erhebliche Beihilfen zu leisten.

Eine Gemeindefürsorgestation in rein ländlicher Gegend soll der Mittelpunkt sein für die Kranken- und allgemeine Wohlfahrtspflege, für Kinder- und Jugendpflege, für den Unterricht in Säuglingspflege und auf wirtschaftlichem Gebiet, soweit nicht bereits andere Kräfte dafür in Frage kommen. Die erweiterte Gemeindefürsorgestation ist der Weg zur ländlichen weiblichen Fortbildungsschule. Mittelpunkt für die Arbeit der Gemeindefürsorgestation eines Kreises in der Wohlfahrtspflege ist das Kreiswohlfahrtspflegeamt mit Fürsorgearzt und Kreisfürsorgerin. Zusammenkünfte und gelegentliche Vorträge dienen der Belebung der Arbeit und der Fortbildung.

In der Kranken- und Wohlfahrtspflege muß die Gemeindefürsorgestation bemüht sein, die in der Gemeinde vorhandenen Kräfte der nachbarlichen und Selbsthilfe zu wecken. Zur Vertretung der erkrankten Hausfrau in wirtschaftlicher Hinsicht erzieht sie sich Hauspflegerinnen. Dort, wo nur eine Gemeindefürsorgestation angelegt oder der Bezirk zu groß ist, soll für die Ausbildung und Verwendung von sogenannten Land-Krankenpflegerinnen oder Helferinnen gesorgt werden, die unter Anleitung der Gemeindefürsorgestation als Hilfskräfte nächtliche Dienste leisten können. Es ist wünschenswert, daß diese nicht nur die Grundzüge der häuslichen Krankenpflege, sondern auch der allgemeinen Wohlfahrtspflege lernen.

Alle Hilfskräfte in der ländlichen Krankenpflege müssen in erster Linie bemüht sein, durch Belehrung und Aufklärung Krankheiten und ihre Verbreitung zu verhüten.

## Aus Stadt und Land.

Ein neuer Hötz in Mittelschlesien. In Mitteldeutschland ist jetzt eine Räuberhorde unter der Führung eines Monteurs Plättner eifrig am Werke, die „Großtaten“ Max Hötz fortzusetzen. Von zuständige Stelle wurde auf eine Anfrage mitgeteilt, daß diese Bande binnen Jahresfrist 17 Ueberfälle auf Kassen, Bohnentransporte, Güter und Postämter ausgeführt hat. Verhaftet sind bisher 26 Täter. Die Bande betrug über eine Million Mark. Ein Mann namens Plättner ist jüngst verhaftet worden, doch steht noch nicht fest ob er der gesuchte Anführer ist.

Wie großmütig! Die Rheinlandkommission nahm infolge der von deutscher Seite erhobenen schwerwiegenden Bedenken gegen die Einrichtung eines Exerzierplatzes in der Gemeinde Boersdorf von der Anlage eines solchen Platzes für die Garnison Jülich Abstand.

Eine romantische Geschichte beschäftigt die Einwohner und die Vollzugsbehörden des westfälischen

Den Ort Allen. Dort verschwanden vor kurzer Zeit der 19-jährige Sohn eines Gastwirts und drei weitere junge Leute. Nun wurde vor dem Wehr der Papierfabrik in Vork eine Flasche aufgefunden die einen Zettel mit folgender Aufschrift barg: „Alp aufwärts bei Memmerede. Von Verbrechern festgehalten. Sucht mich, bitte; wollen Vögelgeld haben. Gebt ihnen nichts. Höchste Eile. Sie kommen jetzt. Mein Eltern wohnen in Ainen und helfen...“ Die rätselvolle Angelegenheit wird hoffentlich bald ihre Klärung finden, da die Vermutung nahe liegt, daß die vier Burchen aus Ainen von Verbrechern fortgeschleppt worden sind. Oder sollte es sich um einen neuen Fall französischer Fremdenlegionshände handeln?

Ein großer Schloßeinbruch wurde in der Uckermark verübt. Mehrere Einbrecher drangen in das Schloß Gdrisdorf des Fürsten Hynar-Redern bei Angermünde durch den Wintergarten ein und verschafften sich Eintritt in die Wohnräume, indem sie ein Fensterjalousie und das Fenster selbst ausschneiden. Zu Eute fielen ihnen viele Teppiche, alter Familien schmuck und Silberzeug im Werte von mehreren Hunderttausend Mark.

Stück im Unglück. Durch herabfallende Kohlenmassen wurden in Deutchen auf der Maxgrube fünf Mann verschüttet. Sie wurden alle nach kurzer Zeit lebend geborgen. Auf dem Schuttmannsfeld der Castellengrube brachen früh Brandgase aus einer abgebauten Strecke aus. Vier Mann wurden betäubt zu Tage gebracht. Verletzt oder getötet ist niemand.

500 deutsche Offiziere in der Roten Armee. Die Zahl der deutschen Offiziere in der Roten Armee schätzt die britische Regierung nach ihrer Antwort auf eine Anfrage im Unterhaus auf 500.

Erhaltung der feste Ehrenbreitstein. Die Interalliierte Militärkontrollkommission hat sich damit einverstanden erklärt, daß von einer Entfestigung der alten Festung Ehrenbreitstein abgesehen wird.

Ein ungetreuer Kassenbote. Die Polizei verhaftete in Graz den Kassenboten der Firma Philipp u. Sohn in Leipzig, Siegfried Krel, der nach Unterschlagung von 150 000 Mark flüchtig geworden war. Bei dem Verhafteten wurden noch 128 000 Mark vorgefunden.

Die Leuten von Mars-la-Tour. Jüngst ging eine Notiz durch die Blätter, daß der letzte „Todesreiter“ von Mars-la-Tour gestorben sei. Das war ein Irrtum. Wie jetzt festgestellt wurde, leben noch zehn Reiter vom 11. Kavallerieregiment Treßensfeld. Außerdem sind noch 24 Kämpfer vom 16. August 1870 namentlich bekannt. Sie leben fast alle in Magdeburg und der Magdeburger Börde.

Auf einer Skitour verunglückt. Der in Sportkreisen sehr bekannte Sohn des Großindustriellen Heinrich von Opel, Heinz von Opel, machte mit einem österreichischen Offizier eine Skitour auf den Großglockner und wird seitdem vermisst. Rettungsexpeditionen sind ununterbrochen zurückgekehrt. Sie konnten lediglich feststellen, daß auf dem Wege, den die beiden Skitouristen genommen haben, größere Lawinen niedergegangen sind. Man nimmt an, daß die beiden Sportleute von einer Lawine verschüttet worden sind.

Zunehmende Hungernot in Rußland. Aus dem südrussischen Hungergebiet treffen neue schreckliche Nachrichten über die Ausdehnung der Hungerkatastrophe ein. Im Gouvernment Jarisyn (Wolga) ist die gesamte Bevölkerung dem Hungertode preisgegeben. Im Uf-Wiedembinz hungern 200 000 Personen, darunter 80 000 Kinder. Nach Angaben des Hungerhilfskomitees hungern in der Krim 277 000 Erwachsene und 243 000 Kinder. Besonders schwer ist die Lage der tatarischen Bevölkerung, von der 90 Prozent hungern.

Kleine Nachrichten. Wegen der Choleraerkrankungen in Petropawlowsk wurde Etokien als Choleraquarantäne erklärt.

## Volkswirtschaft.

Der neue Goldankaufspreis. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt jetzt zum Preise von 930 Mark für ein Gramm. Der Ankauf von Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 18fachen Betrag des Nennwertes.

Das Herz des Stammvaters der Schottischen Könige. Aus dem Städtchen Melrose in Schottland kam kürzlich die Nachricht, daß in der berühmten Abtei ein Aord mit einem lederartigen Knorpel ausgefunden worden ist, der einwandfrei als der Leberrest eines menschlichen Herzens festgestellt wurde. Es ist eine geschichtlich beglaubigte Tatsache, daß der Thronanwärter Robert Bruce, Lord von Annandale, der Großvater des gleichnamigen ersten Königs von Schottland, der im Jahre 1295 starb, und in der Abtei von Dunfermline beigesetzt wurde, leibhaftig verfaßt hatte daß sein Herz in Jerusalem begraben werden sollte. Zu diesem Zwecke war das Herz Sir James Douglas gegeben worden, der sich zu einem Kreuzritter rüstete. Er fiel indessen im Kampf gegen die Mauren in Spanien, doch wurde das Herz Bruces gerettet und nach Schottland zurückgebracht, wo es unter dem Hochaltar in der Abtei von Melrose beigesetzt wurde. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der jetzt entdeckte Leberrest der des Herzens des Stammvaters der ehemaligen Könige von Schottland ist.

Berlin, 20. März. (Börse.) Der Wochenbeginn an der Börse war fest. Dennoch gab es zwei Enttäuschungen. Einmal vermehrte man den Geschäftandrang, der sich nach dem börsenfreien Sonnabend sonst bemerkbar macht, um andererseits verminderte die Zurückhaltung der Effektenmärkte gegenüber dem rapiden Steigen der Devisen. Der Dollar stieg im Verlauf der Börse bis auf 305 Mark und wurde amtlich mit 304 notiert.

Berlin, 20. März. (Warenmarkt.) Amtlich Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Sommer 764, Mecklenburger 760, Roggen Märkischer 571 bis 580, Sommergerste 650-670, Hafer Märkischer 561 bis 580, Sommererbsen 580, Mais 498-504, Weizenmehl

(100 Kilo) 1800-1920, Roggenmehl (100 Kilo) 1300 bis 1420, Weizenmehl 435-450, Roggenmehl 440-450, Weizenmehl 440-450, kleine Weizenmehl 550-560, Austererbsen 540-550, Rapskuchen 470-480. — Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Weizen gepreßtes Roggen- und Weizenstroh 67-74, drahtgepreßtes Weizenstroh 70-77, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 61-67, loses und gebündeltes Stroh 44-50, Häcksel 80-88, handelsübliches Heu 165-185, gutes Heu 185-200 Mark.

## Scherz und Ernst.

U. Stenotypistinnen, die nicht Maschine schreiben können. Bei den französischen Truppen der Besatzung von Wiesbaden stellte sich kürzlich die Notwendigkeit heraus, die Zahl der beim Stabe beschäftigten Stenotypistinnen zu vermehren. Ein Stabsoffizier setzte infolgedessen eine Anzeile auf, die in französischen Blättern veröffentlicht wurde, und in der die Frauen und Töchter entlassener Offiziere und Mannschaften aufgefordert wurden, sich um die neu zu besetzenden Stellen zu bewerben. Mit peinlicher Gewissenhaftigkeit werden in der Bekanntmachung alle Formalitäten aufgezählt, die die Bewerberinnen zu erfüllen haben, um auf Berücksichtigung rechnen zu dürfen. Des Pudels Kern ist aber in einer am Fuß der Bekanntmachung enthaltenen Nachschrift verhehrt, die wörtlich besagt: „Es ist durchaus nicht erforderlich, daß die Bewerberinnen auch Maschine schreiben können.“ Wozu mag der französische Stab in Wiesbaden wohl die angeforderten jungen Damen brauchen?

U. Der schlagfertige Lloyd George. Als Lloyd George eines Tages eine politische Rede hielt, bei der auch eine größere Zahl wilder Frauenrechtlerinnen beizwohnte, und dabei eine Aeußerung tat, die eine von diesen Damen sehr erregte, rief diese: „Wenn ich Ihre Frau wäre, würde ich Ihnen Gift geben!“ „Und wenn ich Ihr Mann wäre, so würde ich es nehmen!“ antwortete der schlagfertige Redner.

U. Die Stadt ohne Telefon. In der unmittelbaren Umgebung von London gibt es eine Stadt mit 4000 Einwohnern, von denen kein einziger ein Telefon besitzt, obgleich die Stadt selbstverständlich an das großbritannische Fernsprechnetz angeschlossen ist. Diese glückliche Insel ist Upton, das sich bisher recht und schlecht mit der öffentlichen Fernsprechnetz auf dem Postamt behelfen hat. Die britische Postbehörde hat nun Beamte nach Upton geschickt, die für die Einführung des Telefons Propaganda machen sollen.

U. Elektrische Stimmabgabe. Im New Yorker Staatsparlament zu Albany ist man gegenwärtig mit der Prüfung eines schon vor Jahren erfundenen Verfahrens beschäftigt, das die Mitglieder der Versammlung insdane setzen soll, ihre Stimmen auf elektrischem Wege abzugeben und selbstständig protokollieren zu lassen. Zu diesem Zweck sind an jedem Pult drei Knöpfe angebracht, von denen der eine für „Ja“, der andere für „Nein“ und der dritte für das „Gegenwärtig“ bestimmt ist. Wird einer der Knöpfe, die mit einer großen Wandtafel in Verbindung stehen, niedergedrückt, so wird das korrespondierende Wort durch das Aufleuchten eines Lichtes auf der Tafel registriert. Jede Stimme wird gleichzeitig automatisch durch einen photographischen Apparat auf der Rückseite der Tafel fixiert, die infolgedessen ein Protokoll der abgegebenen Stimmen enthält. Man will mit dieser Neuerung nicht nur Zeit sparen, sondern auch beim Zählen der Stimmen die denkbar größte Genauigkeit erzielen.

## Der Herrenreiter.

Roman von Robert Misch.

(3. Fortsetzung.)

Dieterich überlegte, wenn er nicht für sich spielte, sondern für den anderen, dann brach er doch eigentlich nicht sein Wort. Er verlor ja nicht sein Geld — und bloß das hatte er dem Alten versprochen.

Gewann Dieterich, so gewann er ja für Grünbeck mit. Verlor er aber, so gewann Grünbeck sein Geld als Dank für die Zusage. Wahrscheinlich, Schaden konnte er ihm nicht zufügen. Daß der Bankier dann nur die Hälfte gewann, fiel ihm im Moment nicht ein.

In seinen Fingerpitzen prickelte es, mitzutun. Er trat an den Tisch. Der Bankier gewann, gewann serienweise.

„Na, Sie haben Ihre Chance veräußert, Amstel,“ sagte der Graf plötzlich, der fortgesetzt verlor. „Ich hätte Sie reich gemacht.“ — Er stand auf. — „So'n Pech! Ich passe mal ein Weilschen, bis das wechfelt.“

„Dann will ich für Sie eintreten,“ rief Dieterich unternehmend. Und schon saß er auf dem leeren Stuhl des Grafen.

Er wechselte einen braunen Lappen, kaufte Marken, begann vorsichtig zu sehen, mit zehn, höchstens mit zwanzig Mark. Er gewann. Darauf steigerte er seine Einsätze. Er gewann fortgesetzt, als wolle ihn die launische Göttin für sein langes Fasten nun so recht sättigen. Das Fieber des Spiels raste in ihm, pochte in seinen Schläfen.

Neuer Sekt wurde gebracht. Grünbecks Glück schlug plötzlich um. Alle gingen sie jetzt ins Zeug, je mehr der Abend vorrückte. Das war immer so bei diesen Reiters- und Sportleuten, die stets ihre Knochen, ja ihr Leben riskierten. Und sonderbar — diesmal blutete wieder die Bank, die sonst meist der gewinnende Teil war.

Auch Grünbeck war nun fertig, gab die Bank ab. In der kleinen Pause, die entstand, trat Dieterich zu ihm, in eine Ecke.

„Sie haben ja kein Geld mehr, Grünbeck. Hier sind Ihre drei braunen Lappen und hier Ihre Hälfte. Freut mich, daß ich Ihnen das gerettet habe.“

Mit einer lächelnden Bewegung hob der kleine Husar die Scheine in sein Portefeuille.

„Merci! — Nun sollte man eigentlich aufhören!“ „Geht doch nicht, wo ich im Gewinn bin, daß ich plötzlich kalte Füße kriegen. So was muß man benutzen.“

„Na, na — nur Vorsicht, lieber Amstel! Das verdammte Frauenzimmer wird jedem untreu.“

Herr von Koepping übernahm die Bank — der einzige nicht aktive Offizier, ein früherer Regierungsassessor, der jetzt einen kleinen Rennpferd hielt, auch zuweilen selbst als Herrenreiter in den Sattel stieg. Dieterich kannte ihn nur flüchtig, von den Rennen her, auf denen er ihm hier und da begegnete.

Anfangs verlor Koepping. Dann plötzlich kam er ins Gewinnen. Nun verlor auch Dieterich. Er tagierte schnell, ohne zu zählen — das vermied er aus Übergläubigkeit, — seinen bisherigen Gewinn, der in Bohnen, Scheinen, Gold und Spielmarken vor ihm lag, auf etwa acht- bis zehntausend Mark. Möchten sie verfliegen, wie sie gekommen waren!

Er verlor sie. Aber der Kauf des Spiels und des Sektens, den er mehr als sonst in sich hineinschüttelte, rissen ihn fort gegen seinen Willen. Er gab Bohnen, die Herr von Koepping bereitwillig einlöste. Zweimal gewann er wieder, einige tausend Mark. Auch von seinen Bohnen erhielt er einige zurück, die er gleich aus dem Spiel zog. Bieviel aber noch bei Koepping oder anderen lagen, wußte er jetzt selbst kaum mehr.

Als er wieder verloren hatte, verdoppelte er seine Einsätze, steigerte sie bis zum Maximum. Sie setzten jetzt alle in die Tausende, auch Grünbeck, am meisten der Graf.

Einmal gewann er das Maximum, dann verlor er wieder — verlor... verlor... Er wollte das Glück zwingen...

Koepping zog seine Uhr.

„Meine Herren — es ist gleich fünf. Die Kellner gähnen. Da ich im Gewinn bin, gebe ich für morgen Revanche. Ein kleines Souper auf neun Uhr, zu dem ich Sie ergebene bitte. Aber ich denke, wir machen für heute Schluß. Die Ablichten drei Tassen noch.“

Als Kasse gemacht wurde, waren alle Bohnen in die Bank geflossen. Koepping zählte sie zusammen. Gebweiler schuldete ihm über dreißig, Grünbeck über fünfzig, Dieterich über fünfzigtausend Mark. Die anderen waren mit kleineren Beträgen hängen geblieben.

Dieterich war wie betäubt. Fünfzigtausend — fünfzigtausend — fünfzigtausend: es ging ihm wie ein Mühlrad im Kopf herum.

Draußen in der Garderobe näherte sich ihm Koepping unauffällig, flüsterte leise auf ihn ein:

„Wenn es Ihnen Schwierigkeiten macht, Herr von Amstel, und wenn Sie mir nicht heute Abend den Rammon wieder abknöpfen sollten, lassen Sie sich bitte keine grauen Haare wachsen. Das hat Zeit, ein paar Wochen. Es eilt mir wirklich nicht. Oder schicken Sie mir einen Wechsel — wie es Ihnen bequem ist!“

„Ach — danke — sehr liebenswürdig! Ich... ich werde es Ihnen bald... ich werde sehen...“ Fünfzigtausend — fünfzigtausend — das heißt eigentlich dreiundfünfzig: immer das Mühlrad, das Mühlrad!

Draußen lag schon der bleiche Schein eines trüben Morgens auf den Straßen. Sie fröstelten alle und hatten es alle plötzlich sehr eilig, in die Autos zu kommen, die an der nächsten Ecke standen.

Grünbeck hielt Dieterichs Hand einen Augenblick fest, als er sie zum Abschied schüttelte.

„Nehmen Sie kein Auto?“

„Ach, ich möchte lieber gehen. Nach der ständigen Rauchluft ist das ein Vergnügen.“

„Wenn ich Ihnen velleicht... wenn es Ihnen Schwierigkeiten macht...“

„Anstern — ich werde das schon arrangieren.“

„Bin zwar momentan, wie ich Ihnen schon vorher sagte, ein wenig klamm... Aber mit einigen tausend Mark... Sie können das ruhig auf längere Zeit...“

„Nein, nein, — danke für Ihren guten Willen! Ich werde schon Rat schaffen — so oder so...“

Eine Weile schritten sie stumm nebeneinander her.

Die Großstadt erwachte langsam aus ihrem Sonntagschlummer. Die Wädrungen radelten pfeifend auf ihren Dreirädern mit den gefüllten Körben durch die Straßen. Vereinzelt Autos ratterten vorüber; hier und da eine langsam trotende Droschke, ein Milchfuhrwerk. An dem trüben, nassen Morgen, auf dem feuchten, glitschigen Asphalt ein trübseliges Bild, das Dieterichs Herz noch mehr beklemmte.

In der Nähe der „Linden“ verabschiedete sich Grünbeck, um in sein Hotel zurückzufahren.

Beim Nebewohli hielt er Dieterichs Hand eine Zeitlang fest in der seinen; der spürte den Druck und sah einen fragenden Blick sich in den seinen bohren.

„Also — auf Wiedersehen!“ sagte der kleine Husar langsam, leise. Und nach einem Weilschen, als jener nur stumm den Druck der Hand erwiderte:

„Wenn irgend ein Arrangement, eine Hilfe nötig... Ich kenne da ein paar ganz anständige Geldleute... Bis morgen früh wohne ich im Bristol... Sonst telegraphieren Sie mir ans Regiment! Ich zeite erst in acht Tagen wieder.“

„Ja, ja“, erwiderte Dieterich mechanisch.

„Und kommen Sie heute Abend nicht — hören Sie, Amstel: kommen Sie nicht! An solch trügerische Hoffnungen klammert man sich immer. Aber Sie wissen ja selbst... wir sind ja leider alle solch verdammte Feurratten und haben unsere Erfahrungen. Wenn man's am nötigsten braucht, hat man immer Pech... Kennen Sie... Sie würden nur noch mehr verlieren — so viel, daß Sie's gar nicht wieder gut machen könnten. Versprechen Sie mir das?“

„Ja — ja!“

„Verzeihen Sie, daß ich beinahe aufdringlich... aber ich meine es gut.“

„Na... ja!“

(Fortsetzung folgt.)